

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummer: Die Spandhaus 6. — Telefon 720. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 14

Sonnabend, den 17. Januar 1920

11. Jahrgang

An die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig! Arbeiter! Angestellte! Beamte! Parteigenossen!

Am 10. Januar ist der Schlupfunkt unter das Protokoll des Versailler Friedensvertrages gesetzt worden. Der zweite Akt eines Welt dramas ist damit zum Abschluß gelangt. Alle Bestimmungen des Friedensvertrages treten nunmehr mit ganzer Schwere in Kraft. Hierzu gehört auch die Loslösung vom deutschen Vaterland und

die Konstituierung der Freien Stadt Danzig.

Waren wir bisher Glieder der jungen deutschen Republik, so sind wir jetzt aus diesem Verbände durch höhere Gewalt ausgeschlossen, und haben eine andere Staatsangehörigkeit annehmen müssen. Es ist uns nun nicht mehr vergönnt, in einer großdeutschen Republik für unsere Ideen kämpfen zu können. Ein neuer Staat erhebt unter dem Schutze des Völkerbundes.

Von welchem Geiste wird dieser Staat durchweht werden?

Wird eine Verfassung zustande kommen, die auch der werktätigen Bevölkerung die Mitarbeit an dem Aufbau des jungen Staatswesens möglich macht? Werden die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Gestalt annehmen, die auch den Armen und Unruhm das Leben lebenswert erscheinen lassen? Das sind die brennenden Fragen, die uns beim Abschied vom Vaterlande bewegen, dem Lande, mit dem wir Freude und Leid bisher geteilt haben, das wir lieben, weil wir auf dessen Boden gewachsen sind, dessen Kultur wir in uns aufgenommen haben.

Die deutsche Revolution hat die Bahn frei gemacht für die Verwirklichung unserer Kulturideale. Sie hat an die Stelle einer überlieferter Herrschaft der Besitzenden die Gleichheit aller gesetzt. Die Erziehung der Gebiete der Freistadt durchzuführen, muß unsere erste Aufgabe sein.

Der Kampf um die Staatsform wird ein besonders harter werden,

umso mehr, da Danzig in seinen Entschlüssen durch die Bestimmungen des Friedensvertrages in erheblichem Maße beengt ist. Wir wollen und müssen diesen Kampf führen, weil das werktätige Volk als aufwärtsstrebende Klasse sich nicht selbst aufgeben.

Auf wirtschaftlichem Gebiete wird die Freie Stadt Danzig ein

Zummelplatz internationalen Kapitals

sein. Kapitalisten aller Länder werden um „diesen Platz an der Sonne“ ringen. Der Kampf der Arbeiterschaft aber um Verbesserung ihrer Lebenshaltung wird im wesentlichen abhängig sein von dem Maße an Bewegungsfreiheit, die die künftige Gesetzgebung ihnen gibt und die die Arbeiterschaft zu erobern in der Lage ist. Hier gilt es, das festzuhalten, was die Arbeiterschaft in Deutschland in jahrzehntelanger Arbeit errungen hat, es auszubauen und für weiteren Fortschritt zu kämpfen.

Als eine der wichtigsten Aufgaben eines Kulturvolkes betrachten wir die Fürsorge für die Opfer der Arbeit, für diejenigen, die unerschuldert in Not und Elend geraten.

Ein Trümmerfeld hat der unheilige Krieg hinterlassen. Krank und schwach an Körper und Geist leben Angehörte unter uns als warnende Zeugen einer verkehrten Weltordnung.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Paris, 16. Jan. (Havas.) Die erste Sitzung des Völkerbundesrates wurde heute im Ministerium des Aeußern abgehalten. Von bekannten Persönlichkeiten waren u. a. anwesend Lord Curzon, Venizelos, Hyman, Drummond, der belgische Botschafter, die Gesandten Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Griechenlands, der Schweiz, der polnische Minister des Aeußern, der tschecho-slowakische Geschäftsträger und die chinesischen und japanischen Delegierten. Auf den Vorschlag von Venizelos wurde Bourgeois zum Präsidenten gewählt. Nach seiner Gedächtnisrede forderte Bourgeois auf, drei Mitglieder der Kommission zu ernennen, die mit der Festsetzung der Grenze des Saarbeckens beauftragt ist. Das vierte und fünfte Mitglied dieser Kommission wird durch Deutschland ernannt. Der Rat beschloß, die nächste Sitzung in London abzuhalten.

In seiner Eröffnungsrede äußerte sich Leon Bourgeois über die nächsten Aufgaben des Völkerbundes wie folgt:

Die heutige Versammlung trägt trotzdem den Charakter eines ernsten und feierlichen Aktes. Als der Tag der Geburt der neuen Welt wird der 16. Januar in der Weltgeschichte verzeichnet werden. Die heute getroffenen Entscheidungen werden im Namen aller Staaten, die dem Völkerbunde angehören, geschehen. Es wird das erste Gesetz sein für alle freien Nationen, die sich zum erstenmal in der Welt verbinden, das Recht an die Stelle der Macht zu setzen. Dem Völkerbunde sind zwei besonders wichtige Aufgaben zuerteilt. Die erste ist die politische Durchführung des Friedensvertrages. Um dem Gebäude von morgen ein starkes Fundament

Diesen Unglücklichen beizustehen, ihnen ihr weiteres Leben möglichst sorgenlos zu gestalten, soll unsere vornehmste Pflicht sein.

So hatten unserer gewaltige Aufgaben. Wollen wir unser Ziel erreichen, ist die Zusammenfassung aller Hand- und Kuffarbeiter erste Voraussetzung. Einem rücksichtslosen, im Kampfe rücksichtslosen Bürgertum, das bereits bei den letzten Wahlen die Parole gegen die Sozialdemokratie herausgegeben hat, müssen wir die Einheitsfront des werktätigen Volkes entgegenstellen. Nur so werden wir uns siegreich behaupten können.

Unsere Partei hat bei den gepflogenen Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen den

den ehrlichen Willen zum Zusammenhluß der Arbeiterschaft

bekundet, weil sie die große Bedeutung der Einigung erkannte. Wenn trotzdem die Einigung nicht zustande kam, so deswegen, weil auf Seiten der U. S. P. Vertreter der ehrlichen Willen nicht vorhanden war und weil diese die Partei auf einen Weg drängen wollten, den zu beschreiten wir vor der gesamten Arbeiterschaft nicht verantworten können. Der Parteifanatismus der U. S. P. hat hier einen traurigen Sieg errungen. Den Schaden trägt das erwerbstätige Volk Danzigs.

Waren wir bisher im Verbände der deutschen Sozialdemokratie mit den Arbeitern der anderen Länder im Kampfe gegen das internationale Kapital verbunden, so werden wir in diesem internationalen Lande erst recht den

Gedanken der internationalen Solidarität

zu pflegen haben. Nicht Grenzpflichten werden uns hindern mit den Arbeitern aller Länder in vereinteter Front den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen.

In kurzer Zeit werden wir den ersten Kampf zu bestehen haben. Die Freistadt Danzig muß sich eine gesetzgebende Körperschaft, eine Staatsgewalt geben. Nicht eine kleine bevorrechtete Klasse soll im neuen Staate bestimmend sein, sondern

des Volkes Wille soll höchstes Gesetz sein.

Unter dieser Parole rufen wir die werktätige Bevölkerung zu neuen Kämpfen und Siegen auf.

Die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig ist sich der Schwere ihrer Aufgaben voll bewußt. Getreu ihren alten Grundrundsätzen wird sie auch in dem vom Völkerbunde geschaffenen Staate den einmal als richtig erkannten Weg weiter gehen. Nicht in dauernden Puffen sehen wir die wachsende Stärke der Arbeiterschaft, sondern in jäher, unermüdlicher Arbeit für unsere Sache reißt das Proletariat für seine große historische Aufgabe.

Darum schließt die Reichst. Sammelin wie uns unter dem Banner der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig. In der Organisation der Zusammenfassung aller Kräfte, liegt die Stärke der Schwachen.

Je stärker unsere Kampfesfront, je größer unsere Macht, je eher unser der Sieg.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig.

zu geben, müssen wir zuerst die Ruinen wegräumen, die der Krieg geschaffen hat. Damit die Mitglieder des Völkerbundes sich verständigen können, um die territoriale Integrität zu respektieren und zu erhalten und die politische Unabhängigkeit der Staaten gegen alle Angriffe zu schützen, hat der Völkerbund die Landesgrenzen festgelegt, wie sie im Einklang mit dem Recht aller dieser Staaten stehen. Nur unter diesen Bedingungen kann die Aufgabe der Zukunft, wie sie in den Worten des Konvents, die ich eben angeführt habe, gesichert sind, ausgeführt werden, nämlich die endgültige Grundlegung alles internationalen Rechtes, die Garantie der Sicherheit der Nationen durch die allgemeine Beschränkung der Rüstungen, der Schwärzung der Rassen, die noch jetzt möglich sind, allein zu stehen. Schließlich kommt die internationale Regelung der Arbeiterverhältnisse um die Wohlfahrt der Arbeiter und den sozialen Frieden zu sichern.

Wir haben die Wahl dreier Mitglieder für die Grenzkommission im Saargebiet ohne Verzög vorzunehmen. Ein Mitglied wird von Frankreich, eins von Deutschland, drei vom Rat des Völkerbundes ernannt. Andere Vertragsbestimmungen machen ähnliche Entscheidungen notwendig. Eine Anzahl Gebiete, die durch ihre geographische Lage und die Verschiedenheit ihrer Bevölkerung eine Quelle internationaler Unruhen sind, werden mehr oder weniger vollständig unter Verwaltung des Völkerbundes gestellt. Das Gebiet der Saar, dessen Regierung wir ernennen werden, die Freie Stadt Danzig, deren Schutz vom Völkerbunde garantiert wird, und das Gebiet von Eupen und Malmedy, deren Zukunft durch Abstimmung entschieden wird, sind die Fälle, die unter diesen Punkt fallen.

Eisners Mörder zum Tode verurteilt.

Vor dem Münchener Volksgericht fand in diesen Tagen der Prozeß gegen den Mörder Eisners, den Grafen Arco statt. Das Urteil gegen ihn lautete auf Todesstrafe.

Nach Verkündung des Urteils erbat sich Graf Arco das Wort und führte aus, daß er die Konsequenzen leben werde. Er hätte erfahren, daß drei Kameraden beabsichtigten, ihn zu befreien; er würde das als eine Dummheit ansehen und habe, davon Abstand zu nehmen. Sie sollen mithelfen am Wiederaufbau des Vaterlandes, wodurch sie diesem und ihm selbst einen guten Dienst leisten würden. Nach diesen Worten erhob sich in dem dichtgefüllten Zuschauerraum ein noch nie erlebter Beifallssturm. Der Vorlesende nahm keine Veranlassung, die Kundgebung zu rügen.

Eine neue Partei in der Nationalversammlung?

Berlin, 15. Jan. In den Wandelgängen des Reichstages verfolgt man die Pläne des bayerischen Führers Dr. Heim mit großer Aufmerksamkeit. Der Rücktritt des Reichschatzministers Dr. Mayer kam keineswegs überraschend, hat jedoch einen tiefen Eindruck gemacht, besonders da von Zentrumskreisen aus versucht wurde, den Austritt der bayerischen Volkspartei als nebenfälliges Ereignis hinzustellen. Nun werden die Demokraten als die zweitgrößte Partei diesen Posten belegen. Aber der Heberausgang scheint noch kein Ende zu sein. In parlamentarischen Kreisen erfährt man, daß von gewissen Gruppen der Nationalversammlung darauf hingearbeitet wird, die bayerische Volkspartei, die bis jetzt 12 Fraktionsmitglieder hat, zu vergrößern. Man denkt dabei an die Bildung einer Partei mit überparteilichen Prinzipien und hofft in ihr alle diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung nach und nach zu vereinigen, die mit der jetzigen auf den Einheitsstaat hinzielenden Politik nicht einverstanden sind. Der Austritt der Welfen an die Bayerische Volkspartei ist vielleicht der erste Schritt dazu.

Eine Dauerlösung der Deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 16. Jan. (A. T. B.) Die Nationalversammlung beendete heute nach mehr als 18 stündiger Sitzung gegen 11 Uhr nachts die zweite Lesung des Reichsverfassungsgesetzes. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen. Die Rechte und Unabhängigkeiten angeordnet. Die dritte Lesung des Verfassungsgesetzes kann wegen der Widersprüche der Unabhängigen nicht am Sonnabend stattfinden und wird daher in einer besonderen Sitzung am Sonntag mittags 12 Uhr, erfolgen.

Der Zusammenbruch Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 16. Jan. Die heutigen Beschlüsse des gemeinsamen Wirtschaftsvertrages infolge der Kohlennot, die Einstellung der elektrischen Bahnen, die Schließung der Geschäfte um 4 Uhr nachmittags mangels heiliger Belassung, die Stilllegung der Industriebetriebe habe hier eine Stimmung von verzweifelter Resignation hervorgerufen, die in der Presse wieder spiegelt. Besonders hart ist die Kritik über das Verlangen der Entente, infolge dieser Stimmung tritt in den Bildern der „Zeitungsblätter“ wieder hervor. Der „Wiener Mitteilungsblatt“ wird aus politischen Kreisen bestätigt, daß die verzweifelte Lage Oesterreichs die Verantwortlichkeit einer Revolution des Friedens von St. Germain mit sich bringe. Schwere beweisbare Vermögensverluste für einen Anschlag an Süddeutschland eröffnet die Möglichkeit großer außenpolitischer Überraschungen.

Deutschlands neue Diplomaten.

Von der Regierung sind in diesen Tagen die Gesandtschaftsposten im Auslande neu besetzt worden. Es gehen nach: London: der hamburger Senator Sthamer, Paris: der bisherige Reichschatzminister und Zentrumsabgeordnete Mayer-Raufeuren, Brüssel: der frühere Reichsjustizminister, der sozialdemokratische Abgeordnete Gander, Madrid: der frühere Gesandte im Haag, Dr. Rosen, Wien: der frühere Gesandte v. Rosenherg, der bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk eine bedeutende Rolle gespielt hat, Tokio: der frühere Staatssekretär der Kolonien und des Auswärtigen Dr. Goll, Rom: der frühere Stockholmer Gesandte Bucius, Stockholm: der frühere Sekretär der Reichsanleihe und persönlicher Sekretär des Reichspräsidenten Ober, Radowitz, Haag: Oberst Kerner.

Frankreichs neuer Präsident.

Paris, 16. Jan. (Havas.) Die Mitglieder des Senats und der Kammer traten heute zu einer Vollversammlung zusammen, um die Kandidaten für die Präsidentschaft zu bezeichnen. Das Ergebnis bei der Abstimmung ist folgendes: Deschanel 408, Clemenceau 389, Poincaré 16, Jaurès 6, Bourgeois 5 und Koch 1. Clemenceau war darauf bis seine Kandidatur für den Präsidentschaften zurück.

Weltkrise.

Ein ganzes Jahr und mehr noch des Ringens um friedliche Beilegung, um die Bedingungen für den Erlaß der im Krieg in maßloser Weise zerstörten Güter, um den Aufbau einer neuen Wirtschaft ist um. Was an Leid und Elend, an Entbehrung und gestörten Hoffnungen hinter uns, dem gelangenen deutschen Volke von der Nordsee bis an die Drau im Süden liegt, ist einzig in der Geschichte der Kulturwelt; die beiden Staaten, die nach Naumanns bald zu Anfang des Krieges gemachtem Vorschlag der Grundstock für ein zusammenhängendes und sich selbst mit den hauptsächlichsten Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens versorgendes Mitteleuropa hätten werden sollen, leben heute in einer Krise, wie sie nie zuvor erschaut worden ist.

Vom Waffenstillstand schon hatte die einheimische, aber auch die neutrale Welt ein

Nachlassen der vernichtenden Kriegswirtschaft

erhofft, vom Frieden schien es selbstverständlich, daß er uns „Mittel- und Westeuropäer“, was in Wirklichkeit uns Deutsche heißt, die endliche Befreiung aus der vierjährigen wirtschaftlichen Fesselung, Arbeitslosigkeit und neuen Aufschwung gestatten werde. Aber der vollendete Friedensvertrag wies uns das versteinerte Organengesicht des unerbittlichen, des rache- und heugierigen Siegers. Die mörderischen Lebensbedingungen haben das deutsche Volk der an industriellen und für unsere Ernährung wichtigsten Rohstoffen reichsten Gebiete beraubt: die Eisenerze, Kohlen- und Kalklager des Westens, die Vieh-, Rüben- und Kartoffelgebiete des Ostens, das gefährdete Kohlenzentrum in Schlesiens und der Luftauf durch Ententekapital der reichen steirischen Erzlager, der Holzbestände der Alpen, der Raub des Obstes und Weines in Südtirol, der Jüder-, Bier- und Textilindustrie, der Braun- und Steinkohlenbergwerke Deutschböhmens — was sind sie anderes als die äußeren Merkmale einer ungeheuren, einer

noch nie dagewesenen Krise!

Man denke sich nur, durch irgendeinen Umstand sei im Frieden einmal während einer Hochkonjunktur ein Drittel oder gar die Hälfte aller Industriewerksstätten zum Stillstand gezwungen und die Landwirtschaftsarbeit eingestellt worden; man hätte gemeint, die tödliche Krise nicht erleben zu können.

Nun ist durch das Inkrafttreten des uns durch die Gewalt der Tatsachen aufgezwungenen Friedensvertrags die Aufhebung des Sperrgürtels zu gewärtigen; soweit der Vertrag es erlaubt, sollen wir wieder mit der ganzen Welt Handel treiben, einkaufen und verkaufen dürfen, was wir benötigen und was wir erarbeiten haben. Aber da starrt uns ein neues schier unüberwindliches Hindernis entgegen, fast schrecklicher in seinen unbilligen Folgen als alle Stachel- und Dornenbüsche, schrecklicher als die Blockade: der beispiellose Tiefstand der deutschen und österreichischen Währung macht uns jeden Handelsverkehr mit dem nun wieder offenliegenden Ausland zur Unmöglichkeit oder wenigstens zur brüderlichen Sklaverei. In Zürich und Gené, wo unsere Valuta hauptsächlich bestimmt wird, zahlt man für eine Mark zwischen 5 und 7 und 11 Centime, für eine deutschösterreichische Krone 5 bis 10 Schweizer Franken. So daß dem schweizerischen Flaschenweinhändler der Druck und das Papier seiner „Weinetikette“ teurer zu stehen kam als ein Kronenschein und er diese auf seine Flaschen klebte. Das ist der Ausdruck für die Meinung des Auslandes, daß wir, alles was deutschen Namen trägt, unsere Verpflichtungen nur zu 3 bis höchstens 11 Prozent erfüllen könnten. Das ist der Ausdruck für die Meinung des Auslandes, daß eines ganzen großen 70-Millionen-Volkes Kampf ums Dasein vorläge.

Aber siehe da, in dem Augenblick, da der Friede endlich in Kraft treten soll, zeigt sich mit einem grellen Witzlicht, daß die Berechnung, auf die man ihn gründete, falsch war. Die Entwicklung des Vorkriegs-Kapitalismus war zu weit gediehen, die Wirtschaft der verschiedenen Völker und Weltteile zu eng verknüpft, als daß die Ausschaltung eines so großen und wichtigen Erzeugungs- und Verbrauchsgebietes ohne Wirkung auf die ökonomische Weltgemeinschaft bleiben konnte. Mit dem neuen Frieden, mit dem neuen Jahre wird es klar, daß dem großen Weltkrieg

eine große Weltkrise folgte.

Die Zeichen der Krise sind mannigfaltig und beweisen. Auch ein Land wie England macht nicht ohne Erschütterung wirtschaftliche Sprünge, deren Ausmaß z. B. das Herabsinken der englischen Ausfuhrwerte um 617 Millionen Pf. Sterling in 14 Monaten ist, während die der Vereinigten Staaten im selben Zeitraum um 3397 Millionen Dollar zunahm! Auch England vertritt nicht den Rückzug seiner Kohlenförderung um 32 Prozent gegen das Jahr 1913!

Der wirtschaftliche Verkehr ist auf eine Notwendigkeit gesunken, wie er etwa vor vielen Geschlechtertagen bestanden hat, denn Sieger und Besiegte und Neutrale sind von der Krise erfaßt und leben in ihrem Heißhunger nach Rohstoffen und Fertigerzeugnissen fast ausschließlich von der Gnade Nordamerikas. Sehe man nur die für die Weltwirtschaft wichtigen Kräfte und Mittel an! Über englischen und amerikanischen Schiffen fahren kaum irgend anders besetzte durch die Weltmeere. Wo aber England früher in aller Welt Geld dem Unternehmer ließ oder dessen Verdienst verzinste, dort ist heute

der Banker zum Banker geworden.

Die Neutralen, die am allerbilligsten und fortwährend am Krieg zu verdienen schienen, meinen heute bereits, daß sie in der Hinsicht entwerteter Börsen erstickt müßten. Die „Sieger“ Frankreich und Italien blicken entsetzt auf den nie dagewesenen Tiefstand ihrer Währung, den ihnen beiden der eigenmächtige Sieger, der Dollarstaat, aufzwingt. Und Rußland, das Reich der unerschöpflichen Naturkräfte, scheint in Blut und Rot und Verzweiflung zu versinken und bildet mitten im Krisenwirbel der Welt das unüberwindliche Hindernis.

Der Heißhunger will, muß die Krankheit ergründen, ihre Ursachen, ihre Heilbarkeit und die richtigen Mittel zur Unterbrechung des natürlichen Heilungsorgans erkennen. Die Krankheit haben wir erkannt: Weltwirtschaftskrise. Nun gilt es, Ausschau nach den richtigen Heilmitteln zu halten.

Wer hat die Gefangenen verkauft?

Aus dem Artikel „Lohn“ erhält der „Vorwärts“ von einem Schweizer folgende überaus zutreffende Ausführungen, die zur Klärung des Problems noch weitergeben:

„Die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 2. Januar bringt einen Artikel „Der alte Irrtum“, in dem als Charakteristikum der Gefangenenbriefe der Vorwurf gegen die Regierung angeführt wird, die Gefangenen seien beim Friedensschluß „verkauft“ worden. Ja, diese Ansicht ist unter den Gefangenen vielfach verbreitet, aber die lödenden Werbeversuche, die man ihnen von nationalitätlicher Seite entgegenbringen wird, werden ohne Erfolg bleiben, weil die Gefangenen nie vergessen werden, daß gerade die alte, von nationalitätlichem Sinne getragene Regierung sie tatsächlich verkauft hat.

Ich, und wohl auch alle meine Kameraden, werden es stets im Gedächtnis behalten, wie wir — es war am 4. Dezember 1917 — müde von der Arbeit ins Lager zurückkehrten und beim Appell bekanntgegeben wurde, daß die Unteroffiziere sich auf der Schreibstube messen möchten, da sie, wie auch die Offiziere, nach einem mit der deutschen Regierung getroffenen Abkommen nach achtzehnmönatiger Gefangenschaft in einem neutralen Lande, in Holland oder der Schweiz interniert werden sollten. Also die Unteroffiziere, die von der Arbeit befreit waren, die nur als Aufsichtshabende mit hinausgingen, die doppelte Löhnung bekamen, denen so manche kleine Annehmlichkeit, wie z. B. kleines Zimmer zu vier Personen, gewährt wurde, sie sollten aus der Gefangenschaft erlöst werden; die Herren Offiziere, die im Gegensatz zu den Mannschaften geradezu ein Schlaraffenleben führten, sie sollten die goldene Freiheit wiedergewinnen; die Gemeinen dagegen, die Tag für Tag, ob Fieber, Sonne oder Regen, ob Sturm oder Sonnenschein, von morgens bis abends wie „Neger“ arbeiten mußten („like negroes“), sagten selbst ein enalischer Sergeant), die oftmals nur einmal am Tage eine Mahlzeit einnahmen, die fast täglich Beschimpfungen und Mißhandlungen auszuhalten hatten, die in Zellen oder schlechten Baracken — im Winter ohne jegliche Heizung — hausen mußten, sie konnten weiter arbeiten, hungern, frieren und sich mißhandeln lassen.

Wie konnte die kaiserlich deutsche Regierung einen solchen Vertrag abschließen, der tatsächlich auf Verkauf der Gefangenen als Arbeitsvieh hinausläuft? Ob es auf Wahrheit beruht, daß der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag, das Abkommen auch auf die Mannschaften auszuweiten, an dem Widerstand der deutschen Regierung gescheitert sei, weiß ich bis heute noch nicht; auch falls es nicht wahr ist, ändert es nichts an der ganzen Sachlage.

Die Erbitterung gegen die alte Regierung trat bei Ausbruch der Revolution klar zutage, als die Gefangenen auf die erste Kunde von den kaiserlichen Vorfällen in diesen Lagern eine aus Lauchentüchern schnell hergestellte rote Fahne aufpflanzten. Wenn alldeutsche Blätter aus dem ansehnlichen Verkauf der Kriegsgefangenen beim Abschluß des Waffenstillstandes und des Friedens in ihrem Interesse Kapital schlagen wollen, so werden sie damit kein Glück haben; daß sie tatsächlich von der alten Regierung lange schon vor dem November 1918 verkauft worden sind, das werden die Kriegsgefangenen nie vergessen.“

Die Waldersee-Blamage.

Als im Jahre 1900 in China der Aufstand ausbrach und der deutsche Gesandte ermordet wurde, betraute Wilhelm II. bekanntlich die Entsendung europäischer Truppen nach Peking. Der damalige deutsche Botschafter v. Eckardstein in London berichtet nun in seinen Lebenserinnerungen, die jahrelang während des Krieges beschlagnahmt waren, daß Wilhelm in höchst unwürdiger Weise bei den übrigen Mächten herumdelitierte, den preussischen Feldmarschall Graf Waldersee zum Botschafter zu ernennen. Als dem englischen Ministerpräsidenten Lord Salisbury dieser Wunsch zum ersten Male unterbreitet wurde, wunderte er sich darüber, da mit einem solchen Amt ein gewaltiges Risiko verbunden sei. England werde einen solchen Antrag ablehnen, selbst wenn er von allen Mächten einstimmig gemacht würde. Aber die Zustimmung Englands wäre doch zu erlangen gewesen. In Berlin jedoch konnte man nicht warten und wandte sich an den Zaren, er möge Waldersee vorschlagen. Der Zar lehnte das ab und sagte dem deutschen Botschafter, Fürst Radolin, die Sache interessiere ihn gar nicht. Trotzdem wurde von Berlin in alle Welt hinausposaunt, der Zar habe Kaiser Wilhelm angetragen, Waldersee zu ernennen. Der Zar sagte einlode Zeit darauf dem Fürsten Radolin, daß er nur aus diplomatischem Gehorsam gegen den deutschen Kaiser ein ausdrückliches Dementi unterlassen habe.

Zusätzlich war Waldersee kaum mit Pauken und Trompeten und mit riesigem Stabe, natürlich in funkelneuen Uniformen und mit einem besonderen Wappenstein, abgefahren, als Rußland allen Mächten vorschlug, die Truppen von Peking an die Küste zurückzuziehen, da keine Gefahr für die Gesandten und für die Ausländer mehr bestehe. — Das war nach v. Eckardstein eine der größten diplomatischen Demütigungen für den Kaiser.

Aus den Briefen Wilhelm II. an Nikolaus, die die „Postliche Zeitung“ weiter veröffentlicht, ist u. a. zu entnehmen, daß der Kaiser am Schluß eines Briefes über den Krieg mit Japan auf einmal dem Zaren die Ueberzeugung einer Grenadiernmühe (!) ankündigt, die das Alexanderregiment ihn anzunehmen habe. Im Anschluß daran teilte er dem Zaren ganz genau mit, welche Waffen und Munition Japan an China verkauft habe. Dieses Material sei bei Kreuzot hergestellt worden. In einem Briefe vom 22. März 1904 gibt Wilhelm II. seine Kesselschweißerei vom Mittelmeer wieder und springt dann plötzlich auf die nochenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland hinüber. Er schreibt das Ende der Verhandlungen der Trägheit (!) der beiderseitigen Unterhändler zu und fordert den Zaren auf, mit seiner kaiserlichen Faust auf den grünen Tisch zu schlagen.

Die Geistesarmut des deutschen Kaisers offenbart sich immer deutlicher. Wilhelm II. könnte mit vollem Recht beanspruchen, für seine Laten, Reden und Briefe in alle antimonarchistischen Vereinigungen der Welt als Ehrenmitglied aufgenommen zu werden. Seine Verdienste um die Verwirklichung der Monarchie darf ihm niemand abstreiten.

Sorgen der Millionäre.

Was für ein bedauerndes Reich ist heute doch so ein armer Millionär! Ihn plagt die Sorge um das Reichsgeld, er drückt die Aufwandssteuer, die seine Lebenshaltung so einschneidet, daß es dem Armen nicht einmal mehr möglich ist, Ersparnisse zu machen. Man spricht soviel von den Sorgen des Arbeiters, aber von denen der Millionäre,

diesen beklagenswerten Opfern der Uebergangswirtschaft schweigt alle Welt! Erst der Reichsfinanzminister a. D. Gothein, Berggrat a. D. und Sachverständiger in allen Dingen des Großkapitals muß seine Stimme erheben, um im Namen seiner lieben Brüder von der gleichen Zukunft die Gebrechen dieser verschämten Armen der staunenden Welt zu künden.

Man höre nur: Einer Rentierfamilie von Mann, Frau und im ganzen drei Kindern bleiben nach Entrichtung von Kriegsabgaben, dem Notopfer und nach der Bezahlung von Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer nur 73 603 Mark zum Leben übrig! Davon kann man doch keine Ersparnisse mehr machen, wenn man im Berliner Tiergartenviertel wohnt und wohnen bleiben muß, weil man die teure Wohnung nicht los wird. Dazu kommt, daß man die teuren Schleichhandelspreise zahlen muß. Eine Familie in einer der niederbayerischen Städte mit 10 000 Mark Einkommen ist doch weit besser daran, als eine Millionärfamilie in Berlin. Aber unser Anwalt der Millionäre weiß auch das Hellmittel für dieses Klagenland der Willenproletarier: Aufhebung der Zwangswirtschaft! Dann werden natürlich die Schleichhandelspreise verschwinden, wie es bei der Freigabe der Eier, des Leders und des Obstes der Fall war, dann werden nur noch Millionäre die Preise bezahlen können und daher werden die Waren für diese mit Ueberfluß vorhanden sein! Diese Klagen sind so rührend, zeugen von so vielem Verständnis für die Lage der Klagengeoffenen, daß sie sicher in den Herzen der Fraktionsgenossen des Herrn Gothein ein Echo finden werden. Es fehlt also nur noch, daß Herr Gothein sich mit einem Gleichgültigen und Gleichgültigen zusammensetzt und eine Klage Jeremia antimmt, wenn auch nicht an den Wassern Babylons, so doch an den Gestaden der Spreel Freilich, wenn etwa die Arbeiter und Beamten eine Entlohnungstala entsprechend der jeweiligen Verteuerung der Lebensbedürfnisse verlangen, dann bringt das eine „Unsicherheit in das Wirtschaftsleben“, die der Handel nicht verträgt. Aber für die Millionäre verlangt Gothein, daß die Besteuerung eines Mannes mit 200 000 Mark Einkommen schon nach wenigen Wochen nachgeprüft wird, da die gewaltigen Preiserhöhungen der letzten Wochen für Brot, Kartoffeln, Eisen und Kohlen seinen Aufwand ungeheuer verschoben. Man sieht die armen Millionäre schon vor sich, wie sie für sich und ihre Familie die trockenen Brotkrumen und Salzstücken zählen, wie sie mit nagebelchlagenen und holzbesohlten plumpen Stiefeln herumlaufen um. Ein Auto kennt ein so armer Millionär gar nicht mehr, Butter hat er schon seit Monaten nicht mehr gesehen, Fleisch kann er nicht mehr riechen. Sogar die Elektrische ist ihm zu teuer.

Das Fazit der Gotheinschen Klage wäre: Fort mit den Millionären! Wenn es keine Millionäre mehr gibt, dann gibt es auch keine Millionärforgen mehr. Der Sozialismus, der das kapitalistische Verhältnis aufhebt, macht nicht nur den Sorgen der Arbeiterklasse ein Ende, sondern er wird auch Herr Gothein hoffentlich noch von dem Alpdruck befreien, die ihm und seinesgleichen jetzt seine Millionen und die Willen im Tiergarten bereiten!

Im Amte bewährt.

Uns wird geschrieben:

Wenn man die „Schulpflege“, das Leiborgan der Direktoren, in letzter Zeit in die Hand nimmt, so fällt einem sofort die große Zahl der Direktoren auf, die zu Kreisinspektoren ernannt sind. Will man den neuen Kurs verlassen und der Reaktion Bahnbrecher schaffen oder meinen die Regierungen uns einen Gefallen zu tun, weil sie glauben, die im Amte Bewährten sind uns genehme Vorgesehten? Ich nehme letzteres an und glaube deshalb, es lohnt sich, das „Im Amte Bewährt“ einmal unter die Lupe zu nehmen.

Wer wurde bisher als im Amte bewährt angesehen? Das waren die Lehrer — besonders die Leiter, die sich infolge ihrer hervorragenden Betätigung im Schulbureaudienst als „Nichtmehrlehrer“ betrachteten —, die ihren Kurs im monarchischen Staate nach dem jeweiligen Geschmack des Revisors einstellten. Ob diese Stellungnahme pädagogischen Grundsätzen entsprach oder nicht, spielte für die Stützen der Regierung keine Rolle. Die Hauptsache war, die Zufriedenheit des Schulinspektors zu erzielen. Daß infolgedessen bei einem Wechsel der Aufsichtsbeamten die Stimmung und mit ihr das pädagogische System von heute auf morgen geändert wurde, gewacht werden mußte, liegt auf der Hand. Und doch waren es noch nicht die Schlimmsten, die als bewährt im Amte angesehen wurden. Welt schlimmer waren die die dem Schulinspektor mit ererbender Devotion entgegenrateten, ihm Ueberzieher, Hut und Stock abnahmen, ihn mit Büchlingen und Kräftigen umschmeichelten, ihn nach der Revision begleiteten und über Kollegen und Mitarbeiter berichteten, Helben im Denunzieren, Vertreter des Friedens in den Familien der Kollegen. Sie waren die giftigen Ratten der Beherrschenden. Wer denkt bei der Erinnerung an diese „Herren“ nicht an die Vergewaltigung eines Langemann und anderer hervorragender Schulmänner, die eigene Wege gingen und darum geschunden und zertreten, abgeschoben oder vernichtet wurden.

Wer ist im Amte bewährt? Vielleicht die Schön- und Disziplinredner, die in Konferenzen und Versammlungen die Stimmung beherrschen und alles rigoros ihrer Meinung unterwerfen wollen? Oder die Arbeitsgewaltigen, die Streber, die durch gründliche Kenntnis der Psychologie bestochen, durch ihr Wissen blenden, die beweisen können, daß die Erde ein Karussell und die barockhaften Menschen — sie natürlich ausgeschlossen — Ringrosse sind? Oder die „Wissenbesserer“, die Keunmachungen, die das Gras wachsen hören, jeden Vorgesehten regelrecht einwickeln und ihm ein I für ein II vormachen, die von ihren Mitarbeitern vergöttert und bewundernd angebetet werden?

Wer ist im Amte bewährt? Das sind die, die unheimlich um das Joch und die Bedrücker der Stimme des Armen gehorchen, die frei sind und frei bleiben in ihrem Tun und Denken. Ihre Regenten heißen Güte und Liebe. Durch sie lassen sie sich leiten und regieren; denn sie wissen: Die Majestäts Fluchmanns erreicht die Freiheit; darum lassen sie die. Die im Amte wahrhaft Bewährten sind die Kleinrentner, die Getreuen, vor denen die Kinder mit leuchtenden Augen und jubelnden Herzen sitzen. Die im Amte Bewährten sind die stillen und heimlichen Helden, die der Zeit trotzend starknach ihren Weg gingen in der Erkenntnis, daß sie nicht die rechten waren, sind die Märtyrer, deren Hoffnung unerschütterlich, deren Wille unzerbrechlich ist. Wohl uns, belämen wir sie als Aufstiegsbeamte!

Englischer Arbeiterführer für die zweite Internationale.

Offener Brief von Ramsay MacDonald an „einen zweifelnden Sozialisten“.

Wir sind in der glücklichen Lage, aus berufener Feder regelmäßig Uebersetzungen aus der ausländischen sozialistischen Presse zu bringen. Wir machen den Anfang mit einem offenen Brief unseres englischen Genossen Ramsay MacDonald zu dem zurzeit wichtigsten Thema des internationalen Sozialismus:

Lieber Freund!

Die Entscheidung der deutschen Unabhängigen, die zweite Internationale zu verlassen und sich der dritten anzuschließen, ist, wie Sie sagen, in der Tat ein wichtiges Ereignis. Aber wir dürfen es nicht demjenigen gleichsetzen, die ihren Mantel nach dem Winde hängen und deren Uebersetzungen durch den Lärm der Straße ins Schwanken geraten. Wenn ganz Europa zu der dritten Internationale überginge, so wäre das wohl ein genügender Anstoß für uns, die von uns vertretenen Grundzüge von neuem zu prüfen, aber kein Grund, sie ohne weiteres über Bord zu werfen. Wir haben uns bisher geweigert, die dritte Internationale zu unterstützen, nicht, weil ihr nur wenige Länder angehören, sondern, weil wir nicht an ihre Methoden glaubten und den Lauf politischer und wirtschaftlicher Entwicklung anders geplant hatten. Von diesem Standpunkt aus wollen wir jetzt die Lage beurteilen.

Warum haben die deutschen Unabhängigen ihren Standpunkt geändert? Die Antwort ist durch zwei Faktoren bedingt, und zwar einerseits durch interne, andererseits durch internationale.

Die Feindschaft der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten ist bitter wie Galle. Sie sehen in ihnen ein bloßes Instrument in den Händen der Militaristen und Reaktionen.

Bei den Berner und anderen internationalen Zusammenkünften legten sie eine Unerschrockenheit an den Tag, welche die übrigen Delegierten nur mit Schmerz erfüllen konnte. Wir wurden dadurch in eine unbequeme Lage versetzt. Es erschien uns wie ein blutiger Bruderkampf. Diese Stimmung erreichte ihren Höhepunkt in Luzern, wo sie erklärten, daß sie in Genf den Ausschluß der Regierungsozialisten beantragen würden.

Wir rieten zu Einigungsversuchen. Wenn nötig, könne man gewisse Elemente ausjäten. Aber man hörte nicht auf uns. Die Erbitterung war zu stark und hat offenbar die Stellung der Unabhängigen zu der zweiten Internationale bestimmt.

Zußerdem haben sie alle ihre Führer gewechselt. Kautsky, Bernstein und die anderen sind gestürzt, und neue Männer, wie Crispian, sind an ihre Stelle getreten. Wäre Haase am Leben geblieben, so wäre seine Stellung zweifelhaft gewesen. Stillfrieding besand sich in der Minderheit. Die neuen Männer aber gehören der Sowjetrichtung an.

Überall, wo ein Parlament nicht ganze Arbeit zu leisten vermag, wird der Sowjetismus sein Haupt erheben. In einem Lande wie Deutschland, besetzt, gedemütigt, verärgert, hungernd, arbeitslos, in einem Zustand der Gärung — ist eine revolutionäre Umwälzung unvermeidlich.

Dies sind die internen Gründe für die Leipziger Beschlüsse. Sie berühren uns insofern nicht, als sie nur für Deutschland in Betracht kommen. Die internationalen Gründe sind jedoch auch für uns von Wichtigkeit. Sie gehen aus dem Charakter der zweiten Internationale selbst hervor und aus der Haltung ihrer Mitglieder während des Krieges.

Wie auch die Sozialisten in den verschiedenen Ländern ihren Eintritt in ihre Regierungen während des Krieges zu rechtfertigen vermögen, über zwei Dinge müssen sie sich klar gewesen sein: einmal, daß sie die Verantwortung zu tragen haben würden für viele Entscheidungen, die sie mit sozialistischen Traditionen in einen Konflikt bringen würden; das andere Mal, daß sie die künftige Reform und Neuge-

staltung einer politischen Internationale erschweren würden. Beide Punkte finden eine sehr deutliche Illustration in der Entscheidung der belgischen Sozialisten, einer „nationalen Regierung“ mit reaktionärer Spitze beizutreten auf Grund eines schwächlichen Kompromißprogramms, welches nur eine Forderung von Bedeutung enthält.

Diese Handlungsweise der Belgier, was sich auch von einem rein belgischen Standpunkt dafür möge sagen lassen, scheint die dritte Internationale ungeheuer zu stärken und die zweite zu schwächen. Aber wenn sie wirklich Bern schwächt, muß sie deshalb Moskau stärken?

Ich meine nicht. Sie dürfen nicht vergessen, daß der Unterschied zwischen Bern und Moskau nicht gleichbedeutend ist mit dem zwischen den Regierungsozialisten und den Unabhängigen, sondern mit dem Unterschied zwischen „4 widerstehenden fundamentalen Ansichten von Demokratie und sozialer Entwicklung.“

Der internationale Sozialismus darf sich nicht auf das Programm von Moskau beschränken. Das würde die Sozialdemokratie bloß zu einer wilden revolutionären Minderheit machen und die ganze Bewegung auf einen Standpunkt zurückwerfen, den sie vor Menschenaltern einnahm, als sie nur als eine dumpfe Gärung in den Köpfen einiger weniger Pioniere existierte, von einer Welt von Finsternis umgeben.

Im Übrigen wollen wir gerne zugeben, daß die sozialistische Methode heute nicht uniformiert, und daß die Internationale uns darum keine Uniformität aufzwingen darf. Wenn wir dies einmal anerkennen, werden neun Zehntel unserer Schwierigkeiten verschwinden. Vergessen Sie nicht das alte weise Sprichwort: „Was für einen Menschen Fleisch ist, ist für den anderen Gift.“

Darum, lieber Freund, halten Sie fest an Ihrem Glauben an die Internationale. Sie wird bestehen. Sie ist nicht in Moskau. Lassen Sie sich nicht durch neue Lehren einfangen. Es gibt immer eine Anzahl Menschen, welche, wie der Dichter Byron in bezug auf Shafesburys Philosophie sagt, „es lieben, einen neuen Weg einzuschlagen, selbst wenn dieser Weg nirgend wohin führt“. So bemächtigen sich oft der Wahrheit gewisse Strömungen, nicht, um ihr weiter zu helfen, sondern, um sie in ein Stauwasser zu treiben. Werden Sie sich klar über Ihre eigene Meinung und dann vertreten Sie sie mit Beständigkeit.

Ihr sehr ergebener

G. Ramsay MacDonald.

(Aus dem „Labour Leader“.)

Bürgerliche und sozialistische Ideologie

Millionen von Menschen sind heute schon für die Ziele des Sozialismus gewonnen. Die meisten streben ihm zu als der Bestordnung, die sie aus ihrem Sklavendasein befreit, ihnen die Möglichkeit zu wahrhaft freier Arbeit und höherer Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse gibt. Andere erkennen in ihm eine ökonomische Notwendigkeit, dem Kapitalismus als nächste Entwicklungsstufe folgende Wirtschaftsepoche. Wieder andere erstreben in ihm einen Gesellschaftsaufbau, der es allen Individuen, ohne Unterschied von Herkunft, Klassenlage, Rasse und Geschlecht ermöglicht, ihre Fähigkeiten und Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen.

Sich zum Sozialismus bekennen, bedeutet aber noch nicht, auch wahrhaft sozialistisch zu denken und zu empfinden. Viele die zur Bewegung kommen, erkennen eben zunächst nur ihr befreitendes Ziel, die völlige Umgestaltung des ökonomischen und politischen Lebens und erst im Kampfe selbst fangen sie an zu begreifen, daß Sozialismus auch eine vollkommene Umgestaltung des geistigen und sittlichen Seins, des Verhältnisses der Menschen zueinander bedeutet.

Darum ist einmal hier die Frage aufgeworfen, wie sich sozialistisches Denken von nichtsozialistischem Denken unterscheidet und wonon beides bestimmt wird.

Betrachten wir die Gesellschaft, in der wir selbst leben und blicken wir weiter zurück in die Geschichte, so ist es klar,

daß sich neben der Entwicklung des Menschen im Kampfe ums Dasein auch eine Entwicklung in der menschlichen Gedankenwelt vollzogen hat und wir sehen weiter, daß sich die Menschheit in bestimmten Verhältnissen gegenüberstand. Der Kampf ums Dasein findet sie nicht alle gleichmäßig ausgerollt vor: Wir sehen, daß es den Menschen immer mehr gelungen ist, die Natur zu beherrschen, ihre Kräfte sich dienstbar zu machen, daraus neue Produktions- und Existenzmöglichkeiten, neue Reichtümer zu schaffen; aber diese Errungenschaften der Technik und des menschlichen Schaffens und Ringens hatten durchaus nicht im Gefolge gleichmäßige Hebung der Gemüths- und Glücksmöglichkeiten aller Menschen. Im Gegenteil bemerken wir, daß mit dem beschleunigten Tempo der Entwicklung, der Unterjochung der Natur unter den Willen des Menschen, der Erfindung neuer Maschinen und Produktionsmethoden das Elend und die Not der auf Millionen ansteigenden Schar von Proletariern stets anwuchs, denen eine verhältnismäßig kleine Schar von Personen gegenüberstand, die in höchstem Wohlleben, Luxus und Verschwendung leben können.

Fragen wir aber, wie es war dies möglich und ist dies auch heute noch, so sehen wir, daß jene wenigen, von Glücksgütern begünstigten Personen auf Grund der Rolle, die sie im Produktionsprozeß spielten, auch zu jener Vorzugsstellung im Gesellschaftsleben gelangt sind. Dadurch, daß der Unternehmer oder der Bankier im Besitz der Produktionsmittel (Grund und Boden, Maschinen, Gruben, Hüttenwerke usw.) ist und Millionen Beschäftigter ihm gegenüberstehen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen, die sie, um sie zu erwerben zu können, dem Unternehmer, als dem Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen gezwungen sind, wird auch das gesellschaftliche Verhältnis dieser beiden Kategorien: Besitzer der Produktionsmittel und beschloßene Proletarier bestimmt. Die Existenz beider Schichten ist aber erst möglich geworden durch die Entwicklung der Technik, durch die Erfindung der Wertzeuge bis zu ihrer heutigen Vollendung. Denn nicht immer war es so. In der primitiven kommunikativen Gesellschaft war Grund und Boden, Haus und Vieh Gemeinschaftseigentum und alle Arbeit wurde gemeinschaftlich von beiden Geschlechtern verrichtet. Der Eigentumsbegriff im heutigen Sinne existierte nicht.

Erst durch die Entwicklung der Technik und durch die Teilung der Arbeit verschoben sich die Beziehungen der Menschen zueinander, bildeten sich die Klassen heraus. Es kam daher von keinem, der ernst genommen sein will, gelugnet werden, daß die Technik und die Produktionsmittel die Ursache sind, auf denen sich der Organismus der Gesellschaft aufbaut. Und ebenso falsch folgt daraus, daß die materiellen Produktionsverhältnisse nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, sondern daß sich nach diesen Verhältnissen auch die Ideen und Grundsätze herausbilden. Das Denken der Proletarier ist, wie seine materielle Existenz durch die Maschinen geworden, durch seine Lage, die er im Produktionsprozeß spielt; und ebenso verhält es sich mit den anderen Klassen.

Da aber der Kapitalismus heute noch als Wirtschaftssystem und politisches System die Macht besitzt, ist er auch bestrebt, seine kapitalistische Bestimmung als die herrschende und ausschlaggebende aufrecht zu erhalten. Das kapitalistische Denken ist eingestellt auf den Darwinischen Gedanken des Kampfes ums Dasein; nur daß er aber in heimlicher Umwertung dieses Gedankens den Kampf nicht nur führt gegen die Mächte der Natur, sondern auch als Mensch gegen Mensch. Es ist kein Gesetz der Natur, daß die Gattungen umzukommen, ja, zu kämpfen, wie es unter den Menschen der Fall ist. Auch sind in der Tierwelt die Wesen gleicher Gattung von Geburt an einigermaßen gleichmäßig für den Kampf ums Dasein ausgerüstet; wie ungleich ausgerüstet aber kommt das arme offenkundig durch die betamte Proletarierklasse besetzte Kind gegenüber demjenigen des wohlhabenden Fabrikbesizers zur Welt, wie ungleich ihre beiderseitige Pflege und Ausbildung und demzufolge ihre Wappnung für den Kampf ums Dasein!

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angengraber.

(13) (Fortsetzung.)

So gingen sie denn eine Zeit Tag für Tag miteinander nach und aus der Schule. Aber bald sollte ihre Eintracht gestört werden. Das Mädchen hielt sich plötzlich fern von dem Knaben, entweder wußte es schon weit davon, wenn er aus dem Schulzimmer kam, und lief dann vor ihm her, nicht einzuholen, oder es blieb zurück und schlich hinterdrein, und mochte er noch so langsam gehen.

Als sie einst wieder hinter ihm des Weges kam, da verdeckte er sich, wo der Weg überbog in den Strauch, und als die Beute nahe war, sprang er hervor und faßte sie an der Hand.

„Jetzt hält ich dich“, sagte er. „Jag, hab ich dir etwas getan, daß du nimmer willst mit mir gehen?“

„Dein Vater hat gefogt, er schlägt mich, wenn ich mit dir gehe.“

„Dein Vater ist recht groß.“

„Solche Kinder überlassen still.“

Ein Knackweg lag rechtlich nahe, aber da Florian selbst jede Sperliche Zuchtigung innig verabscheute, so grante er sich nicht, der Beni den Vorstoß zu machen, sie solle sich nur schlagen lassen, so wollten sie immer miteinander gehen wie früher.

Aber wenn sie der grobe Reindorfer gar nicht auf dem Wege sah, dann konnte er auch feines von ihnen schlagen, und es lag eine Feindschaft darin, von der alle Leute im ganzen Orte nichts wußten, und nur sie allein.

Das lockte, und wie viel pfiffiger kamen sie sich dabei vor, als alle die großen Leute.

Bis zu dem Busche, wo sie jetzt standen, war die Straße für sie flacher, erst wenn sie denselben hinter sich hatten, konnte man sie von Reindorferhose aus sehen, so wurde denn Augenmacht, dort sollte des Morgens immer eines auf das andere warten, und auf dem Rückwege wollten sie auch nur bis dahin miteinander gehen, dann blieb eines zurück und kam erst viel, viel später des Weges daher.

Ja, bestigte nur einer etwas!

Die Reindorfer Beni war überhaupt ein pfiffiges Kind, das sagte auch der Schulmeister, und er lobte sie oft vor allen andern Kindern, und wenn dies gerade vorgekommen war, dann nahm sie auch zu Hause Bibel oder Rechenzettel an sich, schlich hinter dem alten Reindorfer her, und wenn er sich in der Scheuer oder im Garten über einer Arbeit behielt, setzte sie sich in seiner Nähe nieder und las oder rechnete laut, damit sie auch der Vater loben möchte.

Das erste Mal, wo sie der Bauer gar nicht in der Nähe war, fuhr er unwillig auf, als aber das Kind vor Beschämung auf dem Flecke sitzen blieb und über die bittere Enttäuschung leise schändete, da bekam er sich, daß es ihm wohl eine Freude habe machen wollen. „Nur nicht unchristlich, unchristlich darf man nicht sein“, sagte er vor sich hin, und dann zur kleinen Beni: „Mach nur weiter fort! Hast schon recht, lerne fleißig, damit du ehelich durch die Welt kommst, wach du einmal darin bist! Run, les nur weiter, du Blondköpfl!“

Von da an bekam der Bauer viel zu hören, auch manches, das ihm neu war, denn sie lehrten jetzt die Kinder ganz anders, als wie ehemals. Aus Reugetende holte er oft das Mädchen über manches Nähere aus, und ihn wunderte, wie es alles so gut begreifen hatte und so richtig antwortete.

Bald aber wurde ihm jedesmal ganz weh zu Mute, wenn er das Kind sich so bemühen sah, ihm zu gefallen, denn seine Unfähigkeit hatte seit Jahr und Tag nicht mehr nach ihren Eltern gefragt und der Leopold, den er immer so gut gehalten, der meinte, das wäre das wenigste gemeinen, ein Vater könne wohl mehr tun; der Bursch hatte sich in eine Dirne vergafft und wollte nun, je eher, je lieber, sein eigener Herr sein. So wußte denn der alte Mann, er war seiner Tochter gleichgültig und seinem Sohne im Wege.

Dafür war zu Anfang auch die kleine Magdalena mit dem alten Reindorfer nicht zufrieden, andere Kinder sagten, wenn sie ihre Sache recht brav gemacht hätten, dann spielten ihre Eltern mit ihnen oder schenkten ihnen wohl Sonntagags darauf einen Butterweck oder sonst irgend einen begehrlichen Gegenstand, aber auf derartiges hoffte sie ganz vergebens; später kam er ihr gar „einstufig“ vor, wie der Herr Pfarrer und der Lehrer, die auch immer etwas zu fragen oder aufzugeben wußten, und die verlangte sie nach keinem Spiel und nach keinem Geschenke mehr und

tat sich gerade darauf was zugute, daß er sie nicht wie ein Kind behandelte, ... auch nicht wie das seine, das hätte ja der kleine Gerngroß in seinem kindischen Stolz auch nicht.

V.

Wenn Sie etwas hart geradezu geht, so ist Ihre Bemühen zu misstrauen, wie wenn sie aus krummen Regen klettert. Der junge Reindorfer wäre vollauf beschäftigt gewesen, an die Bestimmung eines eigenen Hausstandes zu denken, in etlichen Monaten hätte er sein dreißigstes Jahr erreicht, aber eben die Pflichten seines Schicksals und der Gegenstand seiner Neigung machten den Allen vorzüglich.

Leopold hatte seine militärische Dienstzeit hinter sich, er wurde ihm leicht erträglich, denn sie ließ gerade ... Jahre, und der Mangel an Feldarbeitern veranlaßte die Kriegsbefehle zu zahlreichen Beurteilungen, mit vielen anderen wurde auch er auf einige Zeit den Seiten wieder zurückgegeben.

Später hatte er nur noch die Verpflichtung, als Sanitätsmann zu den jährlichen Übungen einzurücken.

Als Bauerndirne hatte er nie Empfänglichkeit für die Dorfgeschichten gezeigt, auch unter seinen militärischen Genossen, denen doch die Vangeweise und die jamaile Verpflegung den Umgang mit einem weiblichen Wesen, das in einem anständigen Hause locht, so menschlich wert erscheinen ließ, hatte er sich von dieser Schwäche rein erhalten.

Als er aber von der vorjährigen Waffentübung heimgekehrt war, da öffnete er plötzlich sein Herz der Beni; dieselbe hatte sich seiner Güte als einer allzu willigen Hörnerin bedient. Auch Bauerndirnen erliegen dieser allgemein menschlichen Schwäche. Wie nach einem gegenseitigen, Mißgeschickenden Uebereinkommen hatte sich bisher um den Reindorfer Leopold, der sich um keine Dirne Mühe gab, auch keine derselben getümmelt, als es aber nun eine übernahm, ihn darüber aufzuklären, daß er mit allen Eigenschaften ausgestattet sei, sie glücklich zu machen, warum sollte er dieser schmerzhaften Beschäftigung keinen Stunden-Merzen und sich selbstverleugerte seine Bestimmung erwidern?

(Fortsetzung folgt.)

Der deutsch-polnische Vertrag über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen.

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, in den nach dem Friedensvertrag von Deutschland an Polen abzutretenden Gebieten einen schnellen Wechsel in der Verwaltung und Rechtspflege herbeizuführen, sind übereingekommen, Vereinbarungen über die vorläufige Befassung der in den abzutretenden Gebieten tätigen deutschen Beamten in ihrer bisherigen Amtstätigkeit zu treffen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die deutsche Regierung: den Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklichen Geheimen Legationsrat, Herrn Ernst v. Simson und den Geheimen Regierungsrat im Preussischen Ministerium des Innern Herrn Dr. Edgar Boehrs;

Die polnische Regierung: den Unterstaatssekretär im Ministeriums-Präsidium, Herrn Dr. Wladislaw v. Wroblewski und den Unterstaatssekretär Dr. Zygmunt Sedha.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander die Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

Deutscherseits sind außer den bereits zugelassenen Vertrauenspersonen mit den gleichen Befugnissen weitere Vertrauenspersonen bei den Leitern der folgenden Behörden zugelassen: Oberpostdirektion in Bromberg, Oberpostdirektion in Danzig, Eisenbahndirektion in Bromberg, Eisenbahndirektion in Danzig, Wasserbauamt Bromberg, Wasserbauamt Danzig, Oberpostdirektion in Bromberg, Oberpostdirektion in Danzig, Hauptzollamt in Bissa, Gestüt in Starogard, Schulabteilung bei der Regierung in Bromberg, Schulabteilung bei der Regierung in Danzig, Provinzial-Schulkollegium in Danzig, Schulabteilung bei der Regierung in Marienwerder, Landratsamt in Kempen, Landratsamt in Rawitsch, Landratsamt in Bissa, Landratsamt in Birnbaum, Landratsamt in Wirsh, Landratsamt in Kolmar, Regierung und Landratsamt in Bromberg, Regierungshauptkasse in Bromberg, Landgericht in Bromberg, Oberlandesgericht in Marienwerder, Amtsgericht in Soldau, Landgericht in Bissa, Amtsgericht in Ramslau, Amtsgericht in Groß-Marienwerder.

Es bleibt vorbehalten, solche Vertrauenspersonen auch noch bei den Leitern anderer Behörden innerhalb der abzutretenden Gebiete zu bestellen.

Auf Wunsch der deutschen Regierung wird die polnische Regierung gegebenenfalls eine zugelassene Vertrauensperson durch eine andere geeignete Persönlichkeit ersetzen.

Artikel 2.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages geht die Verwaltung der abzutretenden Gebiete entsprechend der militärischen Räumung und Besetzung auf die polnische Regierung über.

Artikel 3.

Die deutsche Regierung wird mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß die deutschen Beamten, die am 15. Oktober 1919 in den abzutretenden Gebieten tätig waren, ihre bisherige Amtstätigkeit im Interesse der ordnungsmäßigen Fortführung der Geschäfte während einer Frist von 2 Monaten fortsetzen. Die Frist läuft vom dem letzten Tage des Monats an, an dem der Friedensvertrag im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Kraft tritt.

Die polnische Regierung behält sich vor, auf die Tätigkeit einzelner Beamten zu verzichten.

Für die Abwicklung der Geschäfte, für die Uebergabe des Staatseigentums und für die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse werden alle beteiligten deutschen Dienststellen in den abzutretenden Gebieten Ueberleitungsstellen einrichten, die durch eine im Einvernehmen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung zutreffende besondere Regelung zunächst einheitlich organisiert und zusammengefaßt werden sollen.

Artikel 4.

Die Verwendung der deutschen Beamten im polnischen Dienst über den im Artikel 3, Absatz 1, vorgesehenen Zeitpunkt hinaus wird durch eine besondere Vereinbarung geregelt werden. Die hierüber bereits schwebenden Verhandlungen sollen unverzüglich zum Abschluß gebracht werden.

Artikel 5.

Die polnische Regierung erklärt, daß sie auf die sich aus dem Artikel 92, Absatz 4, dem Artikel 297, sowie der Anlage zu Artikel 298 des Friedensvertrages ergebende Befugnis zur Zurückbehaltung und Liquidation von deutschen Gütern, Rechten und Interessen insoweit verzichtet, als solche Güter, Rechte und Interessen am 1. Oktober 1919 deutschen Beamten zuzurechnen sind, die gemäß Artikel 3, Absatz 1, des gegenwärtigen Vertrages in ihrem Amte in den abzutretenden Gebieten verbleiben und auf deren Tätigkeit die polnische Regierung nicht unverzüglich verzichtet. Diese Beamten werden ihre Ehefrauen, sowie die am 15. Oktober 1919 zu ihrem Haushalte gehörenden Familienangehörigen und das am gleichen Tage zu ihrem Haushalte gehörende Personal gleichgestellt.

Zugunsten sämtlicher anderen Beamten, sowie zugunsten der Witwen, Waisen und Minderjährigen Kinder verstorbenen Beamten verzichtet die polnische Regierung auf die im Absatz 1 bezeichnete Befugnis insoweit, als es sich um das betriebliche Vermögen dieser Beamten handelt.

Soweit die polnische Regierung von dem ihr nach Absatz 2 verbleibenden Rechte zur Liquidation unbeweglichen Vermögens Gebrauch macht, wird sie den Eigentümer auffordern, innerhalb einer ihm mitzuteilenden Frist von mindestens einem Jahr des der Liquidation unterliegenden Gegenstandes freiwillig zu veräußern, und zwar auch Übergabe der in den abzutretenden Gebieten auch für die polnischen Staatsangehörigen geltenden Sätze.

Den abzutretenden Gebieten obnehmenden Beamten wird, vorbehaltlich der weitergehenden Bestimmungen des Friedensvertrages, eine Abzugsfrist von drei Monaten gewährt. Diese Frist läuft von dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an, soweit es sich um die in den Dienst der polnischen Verwaltung tretenden deutschen Beamten handelt, von der Beendigung dieses Dienstverhältnisses an, sie endet spätestens mit dem Ablauf von 5 Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages.

Den abnehmenden Personen werden die im Artikel 91, Absatz 8 des Friedensvertrages vorgesehenen Rechte hinsichtlich der Rückgabe des beweglichen Vermögens eingeräumt. Sie dürfen in ihrer Rückgabe dieses Vermögens durch polnische Verwaltungsorgane nur insoweit behindert werden, als die Verhinderung auf Lebenszeit, Lebensfähigkeit, Lebensort, oder solche Lebensverhältnisse beruht, die über den Bestand des eigenen Haushaltes für die Dauer von vier Wochen hinausgehen.

Artikel 6.

Die deutschen Beamten unterliegen während ihrer auf Grund dieses Vertrages sich ergebenden Tätigkeit ausschließlich der deutschen Rechtsprechung.

Artikel 7.

Die im Einvernehmen mit der deutschen Regierung in Polen tätigen deutschen Beamten gelten als von ihrer vorgelegten Behörde beurlaubt, welche die Disziplinarbefugnisse ihnen gegenüber behält. Die Beamten haben keinen polnischen Staatsdienstreid zu leisten, sondern lediglich eine schriftliche Erklärung abzugeben, durch die sie die gewissenhafte Erfüllung aller sich aus ihrer Tätigkeit im polnischen Dienste ergebenden Pflichten übernehmen.

Die polnischen Behörden können durch Vermittelung der in Artikel 3 des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen deutschen Ueberleitungsstellen die Entbindung deutscher Beamten von ihren Dienstverhältnissen verlangen.

Bei der Inanspruchnahme der Tätigkeit der Beamten werden die polnischen Behörden alles vermeiden, was unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse mit den nationalen Empfindungen und den Gewissenspflichten deutscher Beamten unvereinbar ist. In Streitfällen werden die deutschen Ueberleitungsstellen auf Anrufen der Beamten die Vermittelung zwischen diesen und den Behörden übernehmen.

Artikel 8.

Die deutschen Beamten unterliegen keinen militärischen Sondergerichten. Soweit sie von einem bürgerlichen Sondergericht abzuurteilen sind, wird auf Antrag der deutschen Ueberleitungsstellen die Ueberleitung der Strafsache in das ordentliche Verfahren angeordnet, sofern eine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder eine Geldstrafe von mehr als 3000 Mark zu erwarten ist. Bevor das Sondergericht auf eine solche Strafe erkannt wird, es der Ueberleitungsstelle Gelegenheit zur Stellung des Antrages geben.

Artikel 9.

Die deutschen Beamten genießen den vollen Schutz der polnischen Regierung.

Artikel 10.

Die deutschen Beamten erhalten für die Zeit ihrer Tätigkeit im polnischen Dienste die ihnen nach den deutschen Vorschriften zustehenden Bezüge in polnischer Mark, soweit nicht die polnischen Vorschriften ziffernmäßig günstiger für die Beamten sind; der Kursunterschied bleibt außer Ansatz. Dabei werden die Beamten denjenigen Beamten gleichgestellt, die der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Ueber die Einreichung der Beamten in Rang- und Gehaltsklassen werden sich die beiderseitigen Verwaltungen unter Beteiligung der Ueberleitungsstellen und der Beamtenausschüsse ins Benehmen setzen.

Die polnische Regierung zahlt den Beamten, deren Familienangehörige aus den abzutretenden Gebieten verzogen sind, und die nunmehr einen doppelten Haushalt führen, einen Zuschlag von 25 v. H. zu den Dienstbezügen.

In den Absätzen 1, 2 vorgesehenen Zahlungen folgen je nach den im Einzelfall maßgebenden Vorschriften monatlich oder vierteljährlich im Voraus aus den polnischen Kassen.

Artikel 11.

Die polnische Regierung wird Sach- und Rechtschäden sowie Schäden an Leben und Gesundheit, die den im polnischen Dienste tätigen deutschen Beamten, ihren Familienangehörigen oder ihrem Haushaltspersonal bei Zusammenrottungen oder bei einem Zusammenstoß von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln entstehen, oder seit der Befehrs- oder abzutretenden Gebiete entstanden sind, in voller Höhe des Reimeris ersetzen. Dabei sollen für Grund, Höhe und Umfang des Schadenersatzes die zurzeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages geltenden preussischen Gesetze maßgebend sein.

Artikel 12.

Insoweit nach deutschem Rechte eine Haftung des Staates für Unfälle von Beamten besteht, tritt für die Zeit der Tätigkeit der deutschen Beamten im polnischen Dienste Polen an die Stelle des Deutschen Reiches oder Preußen.

Artikel 13.

Deutsche Beamte, die innerhalb der in Artikel 5, Absatz 4, des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen Abzugsfrist infolge der Beendigung ihres Dienstverhältnisses ihren Wohnort verlassen, haben das Recht, die von ihnen gemietete Wohnung mit einer Frist von 2 Wochen zu kündigen.

Artikel 14.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden Anwendung auf Wehrdienst, Reservistendienst und Kirchenbeamte, auf Volksschullehrer, sowie auf mittelbare Staatsbeamte und Angestellte bei Kreis-, Staats- und Kommunalbehörden.

Artikel 15.

Den deutschen Beamten dürfen aus der Rechtschaffenheit oder der für ihre Entschädigungen nicht genügender Dienstverhältnisse der polnischen Strafrecht keine Nachteile erwachsen.

Artikel 16.

Für das Gebiet der Rechtschaffenheit und der Justizverwaltung gelten folgende besondere Bestimmungen:

Die im Artikel 3, Absatz 1, für die Amtsverwalter bestimmte Frist endet für die Rechtschaffenheit in den jetzt von den polnischen Behörden besetzten Gebieten ebenfalls mit dem 31. Dezember 1919. In den noch unbesetzten nach dem Friedensvertrag an Polen fallenden Gebieten endet sie mit der militärischen Räumung und der Besetzung durch Polen, falls die Räumung und Besetzung nach dem 31. Dezember 1919 erfolgt; andernfalls endet sie mit diesem Tage.

Während der Ueberleitungszeit wird hinsichtlich der Organisation des Gerichtswesens und des Rechtsdienstes unterstellt, daß der Friedensvertrag nicht vor dem 1. Januar 1920 in Kraft tritt. Soweit das Reichsgericht in Strafsachen für die Untersuchung und Entscheidung in erster Instanz zuständig ist, tritt an seine Stelle das Reichsgericht in Strafsachen, dessen Entscheidung dem Reichsamt der Revision untersteht. Die Urteile der Gerichte werden während der Ueberleitungszeit auf Grund des gegenwärtigen Vertrages.

Schlichte des materiellen Rechts und des Verfahrens betreffenden Sätze und Verfahrensregeln bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch polnische Gesetze und Verordnungen abgeändert worden sind. Solange keine anderen polnischen Gesetze und Verordnungen, die für das in die Gebiete einzutreten sind, werden auch auf die bisher unter polnisches Recht stehenden Fälle des Rechtsdienstes der Revision wird die Revision polnischer Gesetze der Besetzung deutscher Rechtschäfte erstreckt.

Die polnischen Justizbeamten, die ihre Tätigkeit in den abzutretenden Gebieten fortsetzen, unterliegen der Aufsicht der deutschen Justizverwaltungen, die im Einvernehmen mit der polnischen Justizverwaltung zu treffen sind.

Soweit sich nicht aus den Bestimmungen dieses Artikels ein anderes ergibt, finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Ver-

trages, insbesondere auch diejenigen über die Befreiung von der Liquidation, auf die Justizbeamten entsprechende Anwendung.

Artikel 17.

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt am Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zur Urkunde haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift.

In Berlin, am 9. November 1919.

gez. v. Simson.
gez. Boehrs.
gez. v. Wroblewski.

Schluß-Protokoll.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der deutschen Regierung und der polnischen Regierung, nämlich:

Für die deutsche Regierung der Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklicher Geheimer Legationsrat Herr Ernst v. Simson und der Geheimer Regierungsrat im Preussischen Ministerium des Innern, Herr Dr. Edgar Boehrs;

Für die polnische Regierung der Unterstaatssekretär im Ministeriums-Präsidium, Herr Dr. Wladislaw v. Wroblewski und der Unterstaatssekretär Dr. Zygmunt Sedha

geben bei Unterzeichnung der Vereinbarungen über die vorläufige Befassung der in den abzutretenden Gebieten tätigen deutschen Beamten in ihrer bisherigen Amtstätigkeit die folgenden Erklärungen ab:

1. Beide Teile sind damit einverstanden, daß die Frage der Rechte in Artikel 14 näher bezeichneten Personen und ihrer Installationsverhältnisse demnächst durch besondere Verhandlungen geregelt werden wird.

2. Im Hinblick auf die unter den deutschen Beamten in den abzutretenden Gebieten anscheinend bestehende Unruhe stellt die polnische Regierung ausdrücklich fest, daß polnischerseits unter keinen Umständen eine Internierung von Beamten oder ein sonstiger administrativer Eingriff in ihre persönliche Freiheit vorgenommen werden wird.

3. Sofern die bisherige Befassung derjenigen Beamten, die in den von Polen bereits besetzten Gebieten tätig sind, nicht der im Artikel 10 des Vertrages vorgesehenen Regelung entspricht, sollen die Beamten die dieser Regelung entsprechenden Beträge von der polnischen Regierung alsbald nachgezahlt werden.

4. Deutscherseits wird zu Artikel 5 der Standpunkt vertreten, daß die in den Absätzen 4 und 5 bezeichneten Rechte auch den Ehefrauen, sowie den am 15. Oktober 1919 zu dem Haushalte der Beamten gehörenden Familienangehörigen, dem am gleichen Tage zu ihrem Haushalte gehörenden Personal, ferner den Ruhegehalts- und Wartegeld-Empfängern, den Witwen und minderjährigen Kindern verstorbenen Beamten, Ruhegehalts- und Wartegeld-Empfänger zustehen.

Dieses Protokoll soll ohne besondere Befestigung mit Austausch der Bestätigungs-Urkunden zum Vertrag als von den beiden Regierungen genehmigt gelten.

Zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in

Berlin, am 9. November 1919.

gez. v. Simson.
gez. Boehrs.
gez. v. Wroblewski.

Lokales.

Tagesordnung

zur Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 20. Januar 1920, nachm. 4 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungslokal Rathaus.

A. Öffentliche Sitzung.

1. Bericht über die außerordentliche Revision der Kasse des städtischen Beihames. — 2. Besetzung der ständigen Ausschüsse für 1920/21. — 3. Wahl: a) eines stellvertretenden Bezirksvorsitzers für den 52. Stadtbezirk; b) eines stellvertretenden Armenkommissions-Vorsitzers und stellvertretenden Waisenrates der 16. Armen- und Waisenkommission; c) von Mitgliedern für den Steuerausgleich zur Einschätzung der Foren- und juristischen Personen für das Jahr 1920; d) eines Armen- und Waisenspflegers der 23. Armen- und Waisenkommission; e) eines Ausschusses zur Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinserhöhungen von Mieträumen; f) von Mitgliedern zum gemischten Ausschuss zur Beschaffung von Lebensmitteln usw. im Kriege mit den Befugnissen eines Beirates des städtischen Ernährungsamtes und des Brenn- und Leuchtstoffamtes, g) der ständigen gemischten Ausschüsse. — 4. Benennung von städtischen Beamten. — 5. Verpachtung der Raffinerie, Speise- und Schankwirtschaft in der Stadt, Marktstraße. — 6. Herstellung eines neuen Rohrbrunnens mit Pumpe in Weichselmünde. — 7. Verpachtung der Fischereiberechtigung in der Motzkau. — 8. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines Platzes für Volksbelustigungen. — 9. Bewilligung von Umzugskosten. — 10. Bewilligung: a) einer 2. Hypothek für eine Kadaververwertungsanstalt, b) von einmaligen Beihilfen für Beamte im Ruhestande und für Hinterbliebene von Beamten, c) einer Beihilfe an die Haushaltungen- und Gewerbe-Schule zu Danzig-Langfuhr, d) von Mitteln für: 1. eine Benzolgewinnungsanlage auf Gaswerk II, 2. eine Schlackenschmelze auf Gaswerk II. — 11. Kassen des Volksgewinnungsausschusses. — 12. Anfrage von Stadtverordneten an den Magistrat, betr. der Erwerbslosenfürsorge. — 13. Antrag von Stadtverordneten betr. a) Turn-, Sport-, Spiel- und Schwimmstätten, b) Räumung der Wohnungsnot. — 14. Anträge von Stadtverordneten betr. a) der Schaffung eigener städt. Lungenheilstätten, b) der städt. Sicherheitswehr, c) der Einschätzung einer Geschäftsordnungs-Kommission. — 15. Eingaben: a) der Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen betr. Regelung ihrer Befassung, b) der „Freien Turnerschaft Danzig“ betreffend das hiesige Turnwesen.

B. Geheime Sitzung.

16. Beschlußfassung über eine Erhebung. — 17. Unterstellungen. — 18. Erhöhung von Leuerungsbeiträgen. — 19. Entstellung: a) von Feuerwehrleitern, b) zweier städt. Bauarbeiter. — 20. Bewilligung von drei Stellen und der Gehälter für Magistratsassessoren, und Aeußerung über die in Aussicht genommenen Personen. — 21. Geländeverkäufe. — 22. Geländeverpachtungen.

Filz- Hüte

Velour- für Damen und Herren
werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung **umgepresst**, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhutfabrik Hut-Basar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7 (gegenüber der Markthalle). (8307)

Sind Lungenleiden heilbar?

schleimig, lange bestehender Heiserkeit leiden und bisher keine Heilung fanden. Alle derartigen Kranken erhalten von uns ein Buch mit Abbildungen aus der Feder eines bekannten Arztes über das Thema: „Sind Lungenleiden heilbar?“ Um dieses Buch zu erhalten, schicken Sie ein Postkarte an Pahlmann & Co., Berlin 241, Müggelstrasse 25 a. Dieses Buch versendet zu übersenden. Man schreibe nur eine Postkarte an Pahlmann & Co., Berlin 241, Müggelstrasse 25 a. (8046)

Hasen- und Kaninfelle

sowie sämtliche andere Sorten **Häute und Felle** kauft zu höchsten Preisen — Auf Wunsch werden die Felle abgeholt. — **J.S. Bauer, Schellmühl** Telephon 1639. Broßkühler Weg 22.

Vorsicht Frauen

verlangen bei **Regelstörung** nur wirksame Spezialmittel. Garantiert **unschädlich**. Schreiben Sie vertrauensvoll, wie lange Sie klagen. Diskret. Versand Bischoff, Hamburg 1, Schützenstr. 111. Es schreibt: Th. Sch. Erfolg trat schon nach 4 Tagen ein; Ihr Mittel ist sehr gut. E. B. Dank für Mittel, welches zu meiner Zufriedenheit war; Wirkung nach 7 Tagen.

Stahl-Waren

aller Sorten und Ausführungen **Gummwaren** **Bruchbänder** **und Bänder** **Kunstglieder** **und orthopädische Apparate** Lieferung für alle Krankenfälle.

Hahn & Löchel Langgasse 72 Telephon 508 und 3092

Interessante Bücher!
Geschäftsbrieftell. M. 3.50
Liebesbrieftell. M. 2.50
Grosses Traumbuch M. 2.50
Tanzlehrbuch M. 2.50
Grosses Liederbuch M. 2.—
1000 Schnadähpila M. 1.50
Witze z. Totlachen M. 2.—
Grosses Kochbuch M. 2.50
Grosses Rätselbuch M. 3.50
Hochzeitgedichte M. 2.50
Praktisch. Hausarzt M. 3.50
Albumverse M. 2.00
Verlag Johanna Stapp, München, Hohenzollernstrasse 77. (8227)

Massgeschäft

eleganter Herren- u. Damen-Bekleidung
Garantie für tadellosten Sitz Sauberste erstklassige Verarbeitung
Gr. Lager gediegener Stoffe in allen Preislagen, noch Friedensqualität, zu den billigsten Tagespreisen.
Stoffe zur Verarbeitung werden angenommen. **Wenden, Reparaturen und Umarbeiten** von Militär in Zivil in kürzester Lieferzeit
DANZIG Otto Kairies Fischergasse 53 Schneidermeister. (20)

Besonders preiswert! Porzellan!

Teller, tief 3.60, 2.00 M	Dessertteller 2.10, 1.05 M
Tassen, Goldrand Paar 2.90 M	Kaffeeteller, bunt 2.65, 1.75 , 1.45 M
Tassen, dekoriert Paar 2.65, 2.75 M	Salatteller, bunt, groß 3.90 M
Tassen, weiss 3.25, 2.90, 2.75 M, 85 S	Barattassen, weiss Paar 65 S

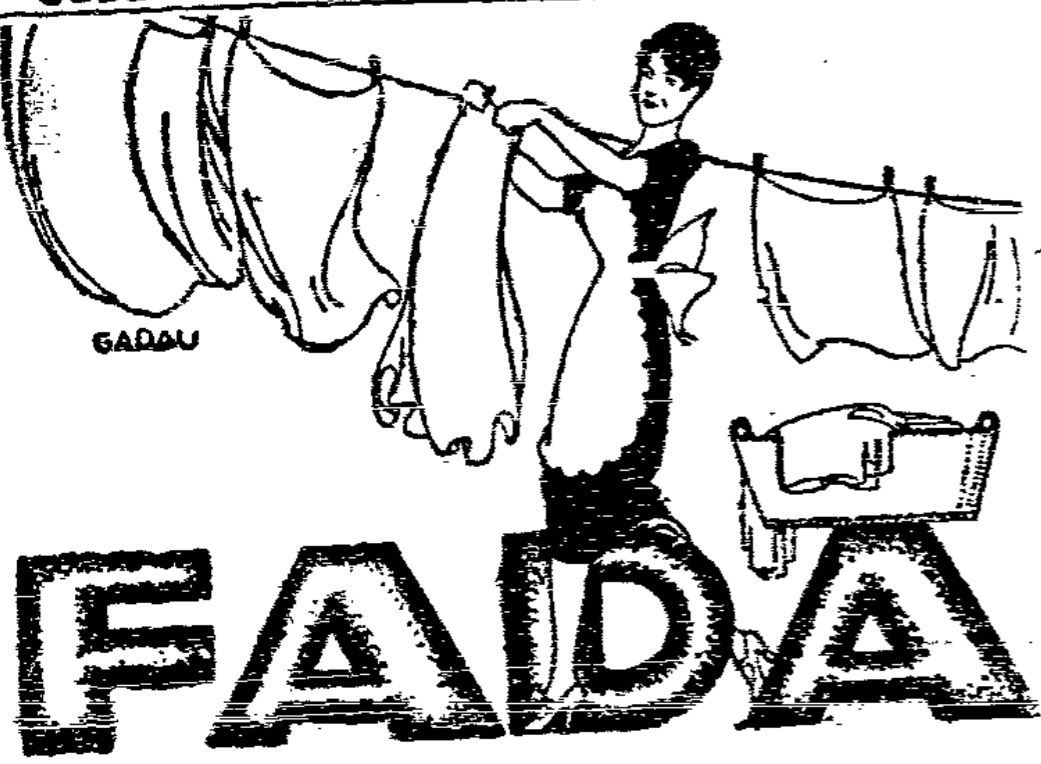
Kaffeeservice für 12 bis 16 Personen, 190.—, 175.—, 155.—, 85.—, 70.50, 72.50, 68.—, 56.50, 46.50, **42.50** M
Hübsche Formen und Dekore, reiche Auswahl!

Steingut!

Satz-Schüsseln, 6teil., weiß, groß 11.75 M	Wasserkannen bunt 6.90 , weiß 5.90 M
Salatteller, oval 5.50, 4.25 3.25 M	Essig- und Oelflaschen, bunt 1.45 M
Salatteller, K 5.50, 4.25, 3.75, 2.45, 1.65 M	Milchbecher, weiß 25 S
Rols, bunt 1.90, 1.45, 1.30 M	Kaffeeteller, weiß 68 S
Kompottschälchen, weiß 45 S	Milchtöpfe, braun, 2.20, 1.85, 1.35 M, 95 S

Bügelkohlen großer Beutel **145** M
Kohlesenzünder 3 Pack **95** S

Sternfeld Wirtschafts-Abteilung Langgasse 75 Filiale Langfuhr



FAIDA

In der Friedenszusammensetzung **Eine Freude für den Waschtage**
Die weitere Erhöhung der Preise für Rohmaterialien und die fortgesetzten Lohnsteigerungen, bedingt durch die hohen Einkaufspreise sämtlicher Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, zwingen mich, den Preis für **„Faida“** höher zu stellen, und bei der Reidsausschuss für Oele und Fette, Berlin, den Kleinverkaufspreis für ein Paket „Faida“ auf M. 1.— festzusetzen. Um einen Ausgleich für die Erhöhung des Preises zu schaffen, wird es auch weiterhin mein Bestreben sein, die Qualität meines Waschpulvers ständig zu verbessern.
William Fach, Chemische Fabrik, Danzig. Fernsprecher 3315. 8107

Kosmos-Abreiß-Kalender

1-9-2-0
Preis 4.40 Mark
Buchhandlung „Volksstimme“ Am Spandhaus 6 • Filiale: Paradiesgasse 32



Fertige Korsetts aus haltbaren Stoffen in bester Verarbeitung. **Werkstätten moderner Massakersetts**
Toska Gunkel, nur 9 Kottbusermarkt Nr. 9 gegenüber dem Stadttheater. Filialen in vielen Großstädten.

Bettfedern und Daunen

billigt bei Julius Gerjon, Fischmarkt 19.

Lüchtige Ginlegerin

für Schnellpresse und Siegel von sofort gesucht
Danziger Volksstimme Am Spandhaus 6.

Rathesfeldisches Pulver Stoffwechselförderndes Blutreinigungspulver seit altersher erprobt und mit Erfolg angewandt bei Bicht u. Rheuma, Magen-Verdauungsbeschwerden, Nieren- und Blasenleiden, Flechten- und Hautunreinlichkeiten, Hautjucken, Hämorrhoiden und Bebenleiden. Schacht Mk. 4.—
Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6023)

Homöopathie!
G. W. Müller, Schwarz Meer 201 (a.d. Brücke)
Anwendung wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden. Verwendung d. reinst amerik. homöopath. Wissenschaft. Sprechst. Wochent. 8-9, 2-5. Sonntags: 8-10, für Minder-Unterricht: Mont. 8-9, Mittwoch 8-5, 2-4. Sonntag 8-10.

Berliner Pelz-Vertrieb DANZIG Breitgasse 121, 1. Etage

Größtes Pelzwarenlager am Platze

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Fachkundige Bedienung. Fahrt nach Danzig wird vergütet.

Aufbewahrung für Frauen
gebrauchen soll bei Störungen mein glänzend bewährtes Mittel Mk. 4.—, extrastark Mk. 6.— per Flasche. Garant. unersch. Große erprobte, schnelle Erfolge, worüber zahlreiche Anerkennungen u. Dankschreiben. Diskret. Nachnahmeversand überall hin.
Drogist Boettius, Berlin N., Schönhauser Allee 132, Abt. 50

Alte Metalle kauft zu Tagespreisen (154 P. Prassl, Sandgrube 48.

Lokales.

Bezirksversammlungen der S. P. D.

Dienstag, den 20. Januar:

- 2. Bezirk in der Maurerherberge, Schüsselmann, abds 6 Uhr.
- 8. (Knechtsteden) in Effers Hotel, abends 6 1/2 Uhr.
- 6. (Stadlgebiet) in der Ostbahn, Ohra, abds 6 Uhr.
- 8. (Niederstadt) bei Kramptz, Gr. Schmalberg, 6 1/2 Uhr.
- 10. (Knechtsteden) im Hotel Werber, abds. 6 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 21. Januar:

- 1. Bezirk in der Aula am Winterplatz, abds. 6 1/2 Uhr.
- 4. (Schiditz) bei Steppuhn, Rathhäuserstr., 6 1/2 Uhr.
- 11. (Hühndeb) bei Schindwiese, abends 6 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Bezirksversammlungen:

1. Bericht vom gemeinsamen Parteitag: Die Einigungsfrage.
 2. Die Tätigkeit unserer Stadtvereine (nur in den Mittwochversammlungen).
- Bollschlages Erscheinen ist notwendig. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.
- Brentau: Sonntag, den 18. nachm. 4 Uhr im Lokal Kreft: Außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Bürgerwiesen: Montag den 19. abends 7 Uhr bei Horn (früher Hofes), Sandweg 2, außerordentl. Mitgliederversammlung.
- St. Albrecht: Wesentliche Versammlung am Mittwoch den 21. abends 7 Uhr im Lokal von Mertens, Referent Genosse Loops spricht über Sozialismus und Diktatur. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch!

Englische Währung in der Freistadt Danzig

Die „D. Z.“ bringt heute morgen an auffälliger Stelle folgende drei Telegramme:

Berlin, 18. Jan. Die „Gazeta Poranny“ erfährt aus Warschau, daß in Danzig keine Klage besteht, mit Polen in eine Münzunion zu treten. Vielmehr glaubt die Zeitung mittleren zu wissen, daß zwischen England und Danzig Verhandlungen über eine durch England garantierte Währung schwebt.

Paag, 18. Jan. Auch der Oskidienst meldet: In Pariser Kreisen verlautet, daß zwischen den Vertretern des Danziger Freistaats und England Verhandlungen geführt werden, die dahin zielen, in Danzig eine von England garantierte Valuta einzuführen, die der englischen Valuta angepaßt ist.

Aus Berlin wird uns dazu gemeldet: Bei den Verhandlungen in Paris, denen der Regierungspräsident Hoover und der Oberbürgermeister Szymon teilnahmen, wurde auch die Währungsfrage für den Freistaat Danzig besprochen. Der Vertreter Frankreichs wies darauf hin, da ja Danzig eine polnische Stadt wäre, so müßte die polnische Währung übernommen werden. Dem widersprach aber der Vertreter Englands. Er erklärte — und das würde, wenn die Nachricht ihre Bestätigung findet, von der größten Bedeutung sein —: Danzig wäre nach dem Friedensvertrag ein souveräner Staat, es müßte deshalb eigentlich eine eigene Währung haben. Wenn das aber nicht ginge, wäre es gut, wenn England die Währung garantieren würde.

Was die „Danziger Zeitung“ als das Sensationellste zu bringen glaubt, pfeifen schon seit mindestens 14 Tagen in Danzig die Späßen von den Dächern. Gerade in den führenden Kreisen der Danziger Kaufmannschaft behandelte man die auf die Zukunft Danzigs einschneidende Wirkung ausübende Tatsache der Valutaabsicherung nur noch als ein offenes Geheimnis. Entgegen den Gerüchten der Tatsache — und daran ist wohl kaum noch zu zweifeln — so bedeutet das allerdings, daß mit einem Schlag die nebelgraue Zukunft, die über unserem jungen Staatswesen lag, sich erhellt. Wir wollen uns aber auch nicht verhehlen, daß die englische Währung für uns der erste Schritt ist, der uns England als unerschütterliche Kolonie ausliefert. Die Danziger Arbeiterschaft aber hat sich in den Revolvertagen 1918 nicht freigelassen aus den Fängen des deutschen Imperialismus, um jetzt den englischen Imperialisten und Kapitalisten sich widerstandslos auszuliefern.

Eine Rundgebung des deutschen Städtetages an Danzig.

Aus Anlaß des Ausscheidens der Stadt Danzig aus dem Verbande der Städte des Deutschen Reiches und Preußens erhielt der Magistrat folgendes Schreiben des Vorstandes des Städtetages:

Der Friedensvertrag entwirft dem Deutschland und dem Preussischen Städtetag zahlreiche Mitglieder, die mit uns zusammen an der Förderung deutschen Städtewesens viele Jahre hindurch mit Eifer gearbeitet haben.

Ihnen bei Ihrem Scheiden aus unserer Mitte unsere herzlichsten Grüße zu sagen, ist uns ein tiefempfundenes Bedürfnis.

Zielvolle, selbstlose Arbeit, getragen von der Liebe zur Heimat und gekräftigt durch das gleiche Streben der gesamten in Eintracht verbundenen Städte, hat die deutschen Städte Stätten blühenden deutschen Lebens und einen Gegenstand des Stolzes des gesamten Vaterlandes werden lassen.

Wir sind gewiß, daß, was deutsche Eingebung und Arbeit geschaffen hat, auch unter fremder Herrschaft seinen vorbildlichen Wert behalten wird und auch in Zukunft die gemeinsame deutsche Kultur zwischen der Heimat und den unter fremde Hoheit tretenden Städten weiterhin innige Beziehungen erhalten wird.

Telegramm,

aufgenommen den 15. Januar 1920 aus Leith.

Dem Bürgermeister Danzigs. Im Namen meiner Reederei erlaube ich mir, Ihnen die ernsthafte Hoffnung auszudrücken, daß der in Kraft tretende Friede den Anfang einer neuen glücklichen Ära bedeutet und daß die freie Stadt Danzig mit diesem Land und den umgrenzenden Völkern durch einen gegenseitigen Commerce verbunden, einen immer wachsenden Wohlstand genießen mag.

gez.: Dr. James Currie für die Leith Gall and Hamburg Steam Packet Company Limited.

Kleingärten mit Bauanwartschaft.

In der Gewerhalle hielt Direktor Stuchte einen Vortrag über Baugewerkschaften. Er erläuterte ihr Wesen und die Art ihrer Begründung. Dargelegt wurden dann die Schwierigkeiten, die die Unmöglichkeit, augenblicklich zu bauen, da der Wert der Parzelle zu gering sei. Der Kubikmeter Wohnraum kostete früher 9 Mark, während des Krieges 36 Mark und jetzt 110 Mark. Eine Wohnung von zwei Zimmern, die früher 25 Mark kostete, würde jetzt 110 Mark Miete erfordern. Die von ihr vertretene Bau- und Siedlungs-Gesellschaft baut augenblicklich 212 Wohnungen, aber mit einem Ueberzugeszusatz von 4 1/2 Millionen Mark. Deshalb könne er augenblicklich nur den Beitritt zu einer bestehenden Gesellschaft empfehlen. Jedenfalls würde eine neugründende

Baugewerkschaft vorläufig keine Rentabilität beginnen können. In der Aussprache wurde der Gedanke vertreten, daß die Stadt sofort Kleingärten mit Bauanwartschaft errichten oder errichten müsse. Die Stadt solle auf ihrem Gelände einen Bebauungsplan feststellen und durch Straßen erschließen, auch wenn diese nicht gleich ausgebaut werden. Es sollten Bauparzellen abgeteilt werden, die dann als Kleingärten zu vergeben sind. Die Kleingärtner hätten das Recht, diese Parzellen im Erbbaurecht zu pachten und nach und nach nach ihrem Belieben zu bebauen. So könne sich jeder ein Stück Land als Eigentum auf lange Zeit sichern und dort seine Kartoffeln, Gemüse usw. bauen. Er werde dann in einfacher und billiger Weise eine Saube oder ein Gartenhaus errichten, das er jederzeit herstellt, sobald er es auch im Winter als Wohnung benutzen kann. Durch Anbau von usw. wird er sich ganz nach seinem Wunsch und Können schließlich eine richtige Heimstätte errichten. Die Bauordnung dürfe nicht hindernd in den Weg treten. Bei dieser Tätigkeit könne die Baugewerkschaft helfend eingreifen. Wie verlautet, ist der Magistrat nicht abgeneigt, diesem Gedanken zu entsprechen.

Vom Werden und Vergehen.

Interessante Einblicke in die Bevölkerungsbewegung Danzigs gewähren die Zusammenstellungen der Standesämter. Sie sind der Maßstab, den wir anlegen müssen, wenn man uns von gewisser Seite den Krieg immer wieder als Kulturfaktor und als Stahlbad andreißt. Wer die folgenden Zahlen mit Nachdenken liest, der wird nur mitleidig den Kopf schütteln können über die Narren, die ihm etwas anderes sagen wollen, als es die Zahlen tun. Es starben im Jahre 1918 bei den Danziger Standesämtern 8178 Personen. Im Jahre 1918 verlangte der Tod 5880 Opfer. Im Jahre 1919 ging die Zahl der Todesfälle erheblich zurück, immerhin aber betrug sie noch 3973 Personen, erreichte also noch nicht den Stand des letzten Friedensjahres.

Ein ähnliches Bild gibt die Zahl der Geburten. Sie erreichte im Jahre 1918 ihren tiefsten Stand, um im Jahre 1919 wieder außerordentlich zu steigen. Es wiesen Geburten auf:

Standesamt	1918	1918	1919
I:	2771	1686	2209
II:	1832	1839	2168
III:	398	181	298

Ganz anders verläuft die Heiratkurve. Einer geringen Senkung in den ersten Kriegsjahren folgte 1919 eine steile Aufwärtsbewegung, die mit einem Mehr von 1078 Eheschließungen fast die doppelte Höhe des letzten Friedensjahres erreicht.

Gründung eines Arbeitersportvereins. In einer gestern abgehaltenen Sitzung der Vorstände der Arbeitersportvereine wurde die Gründung eines Arbeitersportvereins beschlossen. Es wurde ein Protokoll gemacht, das die nötigen Vorarbeiten zu erledigen hat. Den Arbeitersportvereinen sowie den Jugendorganisationen aller Richtungen wird der Anschluß an das Kartell empfohlen.

Arbeiter-Bildungsausschuß. Karten zum Konzert der Kammerfängerin Erna Denera am Sonntag abend 7 Uhr in der Sporthalle, sind noch zu haben im Parirebureau 4, Damm 711, in der Buchhandlung der Volkstimme, in den Zigarrenhandlungen Sellin, Schüsselmann und Witte Nachf., Lange Brücke.

Berein „Arbeiter-Jugend“. Sonntag, den 18. abends 7 Uhr, im Heim, Weidenhügelgasse 1/2 Vortrag abend. Alle Jugendlichen sind freundlichst eingeladen.

Veranstaltungen.

Konzert Kammerfängerin Denera u. d. Staatsoper Berlin. Es sei ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Konzert am Sonntag, den 18., bereits abends um 6 1/2 Uhr in der Sporthalle beginnt. Bei der ganz hervorragenden Kunst des Gastes von Beltrauf, dürfte nochmals auf das Konzert hingewiesen werden. Musikdirektor Binder wird den Gast begleiten. Die Abendkasse ist bereits um 5 Uhr geöffnet.

Berichtsecke.

Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Zimmermannsfrau Hermine L. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Beleidigung zu verantworten. Zwei Polizeiwachmeister hatten in ihrer Wohnung ein Mädchen festgenommen. Das Mädchen wollte gütwillig nicht mitgehen, und die Angeklagte forderte es noch zum Widerstande auf. Als die Beamten das Mädchen fortführen wollten, griff die Angeklagte die Beamten an, schlug mit einem Ofenriemer nach ihnen und beleidigte sie. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mark wegen Widerstandes, Körperverletzung und Beleidigung, sowie Eingekerkelung des Ofenriemers.

Handel ohne Erlaubnis. Der Kaufmann Heinrich M. in Langfuhr machte dem Magistrat in Schneidemühl ein Angebot von Waren im Großhandel, obwohl er keine Handelsberechtigung besaß. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu 100 Mk. Geldstrafe.

Der Fleischhändler. Der Heizer Wolf D. in Danzig brach in Oliva ein, stahl hier 3 Schweine, 2 Hühner und 2 Enten, die sofort geschlachtet wurden. Das Fleisch brachte er nach Danzig und verkaufte es an den Arbeiter Paul W., den Arbeiter Otto Z. und den Expedienten Georg G. W. war bei diesem Verkauf beschuldigt. Die vier Personen standen nun vor der Strafkammer. Das Gericht verurteilte D. wegen Einbruchdiebstahls und Totschlag des Fleisches ohne Marken zu 2 1/2 Jahren Gefängnis. W. wegen Beihilfe zum Fleischnachverkauf und Verkauf von Fleisch ohne Marken zu 240 Mark Geldstrafe, Z. und G. wegen Ankaufs von Fleisch ohne Marken zu je 5 Mark Geldstrafe.

Die eigene Kutter beschlagnahmt. Der Arbeiter Friedrich W. in Danzig, jurist in Haft, erkrankte seiner Kutter und dem Kleiderbinder ihre Kutter mit 1000 Mark, die dann beschlagnahmt werden sollten. Die Strafkammer erkannte gegen den W. auf eine Strafe von 1 Jahr Gefängnis wegen Diebstahls.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Die Offenlegung in der öffentlichen Speisehalle belief sich im Monat Dezember auf 30 884 Mahlzeiten gegenüber 31 433 Mahlzeiten im Vormonat.

Die häusliche Wirtschaft wird bis auf weiteres verboten. Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—1 Uhr nachm., 3—6 Uhr nachmittags, Mittwoch und Sonnabend von 6 Uhr früh bis abends 6 Uhr ununterbrochen, Sonntag von 7—9 1/2 Uhr für den Verkehr geöffnet.

Besandungsanzeige von Hülfskräften und Gaser. Um einen Ueberblick über die hier lagernden Hülfskräften- und Gaser-Vorräte, deren Ausfuhr bekanntlich verboten worden ist, zu gewinnen, ordnet der Magistrat eine Bestandserhebung an. Das Ergebnis ergibt die Bestandserhebung.

Ausgabe von Nachtragsbogen zu den Rechnungsbüchern. Der Magistrat ruft in der heutigen Nummer unserer Zeitung erneut Straßen auf, deren Haushaltungen am Montag, den 19. Januar in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Markenbogen in Empfang nehmen können.

Polizeibericht vom 17. Januar. Verhaftet: 10 Personen, darunter: 8 wegen Diebstahls, 2 in Polizeihof. — O h d a c h 108: 1 Person. — Gefundene: 1 grau- und schwarz gestreifte Samtbluse, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten, 1 Fahrrad mit Verleugertafel, abzuholen von Herrn Bernhard Wieroff, Jopengasse 4, Hof 2 Tpt. — S u g e l a u f e n: 1 Biene, abzuholen von Herrn Kaufmann Prof. Lindenstraße 5.

Wasserstandsberichte am 17. Januar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	3,95	4,65	Dielde	3,81	4,35
Ferdon	3,67	4,08	Dirschau	4,00	4,46
Kulm	3,54	3,84	Einlage	3,10	3,38
Grauberg	3,53	3,88	Schwienhorst	2,84	3,04
Kurzbach	3,76	4,16	Wolfsdorf	0,16	—
Montaurepöhe	3,59	4,11	Anwachs	1,89	—

Erneuter Eisbericht.

Wetzel: Schiffe bis Ferdon Eistreiben im Gange, von dort bis Grauberg in 1/2 Stromeis, unterhalb schwaches Eistreiben. Es treibt still gut in See ab. Regat: Eisdecke mit Blänken.

Standesamt.

Todesfälle: S. des Kesselschmiedes Gustav Siebert, 2 J. 6 M. — Kaufmann Kurt Schmidt, 30 J. 4 M. — Hospitalkin Luise Wlach, 79 J. 8 M. — Sattler Max Jacobi, 43 J. 1 M. — Rentempfängerin Auguste Seibel, 75 J. 7 M. — Unschel, 1 Sohn und 1 Sohn totgeboren.

Theater und Konzerte.

Stadttheater.

Im Hoftheater von Danzigsau sang gestern Ernst Niesel vom Stadttheater in Münster die Titelrolle auf Anstellung. Es gibt wenig Rollen, in denen ein lyrischer Tenor so wirkungsvoll auf den Zuhörer wirken kann wie diese, denn sie gibt dem Sänger Gelegenheit, neben guter gefanglicher Bildung auch Bühnensoutine zu zeigen. Vor allem aber muß dieser Rollenstimme haben, ist er doch schon in der Handlung der berühmte Ritter des hohen C. Von dieser Eigenschaft besaß der Gast unbedingt bemerkenswerte schauspielerische Begabung, was es war, hochzufrieden zu sehen, wie er sich auf der Bühne bewegte (hatt der üblichen zweieinhalb Arm- und Beinbewegungen) und als Persönlichkeitscharakter war er geradezu von verblüffender Virtuosität. Nur hat er aber auch noch zu singen, und damit war es weniger gut bestellt. Es ist von mir schon gelegentlich in der „Danziger Zeitung“ bemerkt worden, daß unter den jetzigen Regisseuren ein Sänger zu leicht Gefahr läuft, mit schlechter Disposition vor den Hörer zu treten. Auch Ernst Niesel war offenbar erfüllt, daß trat besonders im 2. Akt hervor. Aber jetzt man dies auch hoch in Rechnung, so bleibt doch zu wenig an seiner gefanglichen Leistung, als daß sie eine Empfehlung für eine hierige Aufführung wäre. Die Stimme ist für unsere Bühne zu hoch, sie hat zwar leichte Höhen, die aber keine hohen Höhen sind, diese Höhen stehen in keinem Ausleichsverhältnis mit den tiefen Registeren. So bringend auch die Hebung der lyrischen Tenorpartie an unserer Oper geboten erscheint, dürfte der Gast kaum eine nennenswerte Neuerung darstellen. Wir wollen hier in Danzig Träger der deutschen Kultur sein (deren Hauptrolle die Kunst ist), und wir wollen den internationalen Gästen, die bei uns ein- und ausgehen werden, zeigen, was deutsche Kunst ist und wie sie beschaffen sein muß. Dies seien die Richtlinien, die der Direktion bei kommenden Vertragsschlüssen zu geben. Und kann Direktor Schaber bei den erkrankten Schwestern nicht genügend Gastspiele in Szene setzen, mag er sich getrauen, auf die Urteile erfahrener und vorurteilsloser Kritiker hören und vor allem nur Künstler aus solchen Städten heranziehen, die Danzig in künstlerischer Hinsicht mindestens ebenbürtig sind, aber nicht weit unter dem hierigen Niveau stehen, was schon etwas heißen will. W. G.

Wochenplan des Stadttheaters, Sonntag, den 18. nachm. 2 Uhr (Ernähigte Preise): „Franz Sollen“, abends 8 Uhr (Dauerkarten haben keine Gültigkeit): „Der Hühnerhändler“, „Hänfel und Gretel“, Märchenoper in 3 Bildern von Wilhelm Meißner, Musik von Engelbert Humperdinck, hierauf: „Hänfel“, Montag, nachm. 2 Uhr (Ernähigte Preise): „Franz Sollen“, abends 8 Uhr (Dauerkarten A 2): „Ein Wäldchen“, Dienstag, abds. 6 Uhr (Dauerkarten B 2): „Erziehung zur Liebe“, Mittwoch, abds. 6 Uhr (Dauerkarten C 2): „Das Dorf ohne Glocke“, Donnerstag, abds. 6 Uhr (Dauerkarten D 2): „Zum 8. Male: Die Frau im Hemd“, Freitag, abds. 6 Uhr (Dauerkarten E 2): „Hänfel und Gretel“, Sonnabend, abends 6 Uhr (Dauerkarten A 1): „Erziehung zur Liebe“, Sonntag, den 20. Jan., nachm. 2 Uhr (Ernähigte Preise): „Franz Sollen“, abends 8 Uhr (Dauerkarten haben keine Gültigkeit): Gastspiel Fr. v. Tronka vom Stadttheater Breslau, Engagement: Gastspiel Fr. v. Tronka vom Stadttheater Breslau, auf Engagement: „Die Lüge“, Oper in 3 Akten von „Die Lüge“, Sonntag, abends 8 Uhr (Dauerkarten haben keine Gültigkeit): „Die Lüge“, Oper in 3 Akten von Otto Nicolai.

Wochenplan des Bühnen-Theaters, Sonnabend, 17. „Großer lustiger Abend“ mit neuem Programm, Sonntag, nachm. 2 Uhr: „Der Langmann“, Dienstag: Zum letzten Male: „Bilder Schicksal“, Mittwoch: Zum letzten Male: „Ein armer Musikant“, Donnerstag: „Der liebe Augustin“, Freitag: „Der Langmann“.

Auf den heute stattfindenden „Großen lustigen Abend“ mit vollständig neuem Programm wird nochmals empfohlen hingesehen.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Lohse, für den ampolitischen Lagedienst und die Unterhaltungsbefrage Kurt Behnken, für die literarische Bruno Gwert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

LUNGEN

Taberkulose, Geschlechts-, Krebs- und andere Krankheiten erhalten jetzt ausserordentlich Broschüre mit ärztlichen Gutachten über Heilung und Bekämpfung ihrer Krankheiten, bei Entsendung von 1.50 Mk. Briefmarken durch: Krebs- u. phthisische Laboratorium, Frankfurt a. M., Bismarckplatz 1, Tel. Römer 3020, 1920

